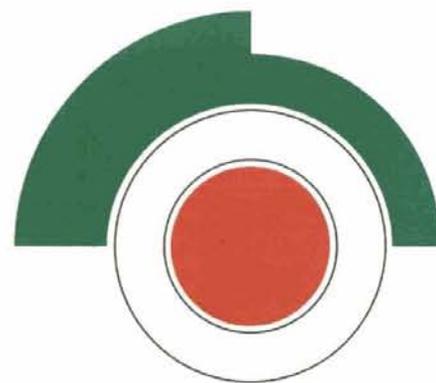


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 16



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 27.11.2001

## Jugendliche: Krisen-Rat aus dem Internet

*Die FDP-Fraktion verlangt, dass in NRW die Online-Hilfe für Jugendliche in Krisensituationen verstärkt und ein Modellprojekt zur psychologischen Betreuung junger Menschen im Internet durchgeführt wird. „Wir wollen handeln, bevor die Kinder der Online-Generation in den interaktiven Brunnen gefallen sind“, betonte Christian Lindner (FDP) bei der Erläuterung des Antrags (Drs. 13/1714) im Plenum des Landtags. Er verwies auf die Gefahren so genannter Suizid-Foren im Internet.*

Ohne den Vorschlag sofort und in Bausch und Bogen abzulehnen, machten die Sprecherinnen und Sprecher der anderen Landtagsfraktionen Vorbehalte geltend. Depressive oder suchtgefährdete Jugendliche gingen nicht den Weg über Suizidforen, stellte Britta Altenkamp-Nowicki (SPD) fest. Es treffe aber zu, dass die vorhandenen Beratungsstellen, die im Übrigen gute Arbeit leisteten, ihren Internetauftritt überdenken und modernisieren müssten. Für die CDU betonte Antonius Rüsenberg, nicht jedes Bundesland sollte seinen eigenen Weg gehen; durch Absprachen und

Vernetzung bestehender Strukturen seien Angebote zu schaffen, die über die jetzigen Hilfen hinausgingen.

Ein dem Medium Internet wirklich angemessenes Angebot, das Beratung und Betreuung rund um die Uhr sichern würde, wäre ein Kraftakt, „der den Landeshaushalt kräftig belasten würde“, wandte Sibylle Haußmann (GRÜNE) ein. Dennoch biete der FDP-Antrag einen guten Einstieg in die Diskussion.

Jugendminister Birgit Fischer (SPD) gab zu bedenken, „dass der Einsatz von Medien nicht die intensive, therapeutisch ausgerichtete Beratung in den psychosozialen Beratungsstellen ersetzen kann“. Es sei Aufgabe dafür zu sorgen, die Chancen dieser neuen Medien auch für die Beratung zu nutzen und als neue Instrumente in die Arbeit einzubeziehen. Dazu müssten Erfahrungen und Informationen ausgetauscht werden, „um sie für die Weiterentwicklung der Beratungsarbeit zu nutzen“. Der Antrag wurde einstimmig vom Plenum an den federführenden Jugendausschuss zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesen.

## Neues Leben in der Villa Horion

*In drei Wochen, am 18. Dezember, wird nach seinem Umbau das als „Villa Horion“ bekannte Gebäude am Rheinufer (siehe Bild rechts) von Landtagspräsident Ulrich Schmidt seiner neuen Bestimmung übergeben. Der Präsident eröffnet zugleich in den Räumen der Villa eine Ausstellung mit Werken des eng mit Nordrhein-Westfalen verbundenen Künstlers Otmar Alt. Alt ist ein vielseitiger Künstler, der sich an das Motto hält: „Kunst, die man erklären muss, ist langweilig.“ Er lebt in Hamm-Norddinker, wo auch der Sitz der 1990 gegründeten Otmar-Alt-Stiftung ist. 1998 wurde Alt für sein künstlerisch-soziales Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. — Schon jetzt ist der 1910/11 errichtete Horion-Bau, der in den 20er-Jahren als repräsentative Wohnung des Landeshauptmanns der Rheinprovinz diente und in dem sich von 1959 bis 1999 der Dienstsitz der Ministerpräsidenten des Landes befand, für Zwecke des Landtags in Benutzung. So tagten hier bereits das Präsidium des Landtags und der Petitionsausschuss. Die renovierten Büroräume werden von den Enquetekommissionen und den Beschäftigten des Petitionsreferats des Landtags genutzt.*

Foto: Schälte



## Die Woche im Landtag

### Nahverkehr Seite 4

Ein Fahrzeugpool und eine Managementgesellschaft sollen den öffentlichen Nahverkehr besser koordinieren.

### Akteneinsicht Seite 5

Alle Bürger des Landes können ab nächstem Jahr den Behörden in die Akten schauen.

### Schulentwicklung Seite 7

Der Landtag hat mit Verabschiedung des Schulentwicklungsgesetzes das Modellprojekt „Selbstständige Schule“ auf den Weg gebracht.

### Studienkonten Seite 8

Mit den von der SPD vorgeschlagenen Studienkonten soll eine Studienfinanzierung erreicht werden, die ein gebührenfreies Erststudium ermöglicht und zu einem zügigen Studium motiviert.

### Metrorapid Seite 10

Zur Finanzierung des Metrorapid geht die Landesregierung von 4,5 Milliarden Mark vom Bund aus.

### Weiterbildung Seite 13

Die 7. Weiterbildungskonferenz des Ausschusses für Schule und Weiterbildung stand unter dem Leitwort „Integration“.

## Wort und Widerwort

### Wie kann die Praxisorientierung der Fachhochschulen gestärkt und ausgebaut werden?

Die Fachhochschulen mit ihrem praxisorientierten Studienangebot sind im Spektrum der Hochschulen des Landes unverzichtbar. Darum sei ihr Ausbau dringend erforderlich, betonen übereinstimmend die Sprecher von CDU, FDP und GRÜNEN. Die SPD ihrerseits macht geltend, die zwölf Fachhochschulen des Landes seien stark in der Region verankert, erschlossen sich neue Forschungsfelder und arbeiteten eng mit der Wirtschaft zusammen. (Seite 2)

**Von Dietrich Kessel (SPD)**

Zu den Markenzeichen der zwölf nordrhein-westfälischen Fachhochschulen gehört die starke Verankerung in ihr regionales Umfeld. Als verlässlicher Partner für Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort tragen sie zum Strukturwandel bei. An den Fachhochschulen ist der Praxis- und Anwendungsbezug von Forschung und Lehre besonders ausgeprägt. Bereits während des Studiums lernen die Studierenden im Rahmen eines Praxissemesters die Berufswelt kennen. Zum Thema ihrer Diplomarbeiten machen sie häufig Fragestellungen aus der betrieblichen Wirklichkeit; oft sind Änderungen von betrieblichen Verfahren Folge der Ergebnisse von Diplomarbeiten. So werden junge Menschen zu Trägern des Wissenstransfers.

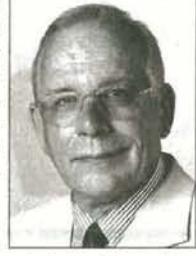


Mit großem Engagement erschließen sich die Fachhochschulen Forschungsfelder, deren Gegenstände insbesondere technische und betriebliche Abläufe sind. Auch auf diese Weise festigen sie die Kooperation mit der regionalen Wirtschaft und fördern den Wissenstransfer. Durch besondere Maßnahmen der Forschungsförderung trägt die Landesregierung dieser Entwicklung Rechnung.

In enger Zusammenarbeit haben mehrere Fachhochschulen Verbundstudiengänge entwickelt. Diese Studiengänge werden berufsbegleitend absolviert und eröffnen so für viele Berufstätige neue Perspektiven der Weiterbildung.

**Von Manfred Kuhmichel (CDU)**

Die Fachhochschulen mit ihrem besonderen Profil der praxisnahen Ausbildung müssen erheblich ausgebaut werden. Der durch Qualitätspakt und Expertenrat anvisierte Stellenabbau schwächt die Kapazitäten der Fachhochschulen. Das widerspricht dem eindeutigen politischen Willen, Fachhochschulen auszubauen. Die NRW-Landesregierung muss daher günstigere Rahmenbedingungen für die Fachhochschulen schaffen. Denn: In der Wirtschaft werden zunehmend qualifizierte Fachkräfte gesucht. Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Studierende. Die CDU sieht die Zukunft in einem Modell, das Ausbildung in einem konkreten Unternehmen und Studium an der Fachhochschule miteinander verbindet. Eine solche Verzahnung ermöglicht es den Fachhochschulen auch, auf den besonderen Bedarf der regionalen Wirtschaft zu reagieren. Studiengänge können sich bei einer solchen Form der Partnerschaft schneller auf geänderte Anforderungen an Berufsprofile einstellen. Die Studierenden ihrerseits lernen frühzeitig Unternehmen mit ihren Abläufen und Strukturen kennen. Diese Partnerschaft zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss weiter ausgebaut werden. Unternehmen sollten erkennen, dass die Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen mit einem großen Nutzen verbunden ist. Sie profitieren davon, wenn die Fachhochschulen mit ihren Studierenden die Arbeit von Forschung und Entwicklung unterstützen. Die CDU fordert finanzielle Anreize des Staates für privatwirtschaftliches Engagement – vor allem auch des Mittelstandes – an den Hochschulen. Überdies muss ein gutes Netzwerk zwischen den Hochschulen und den Unternehmen entstehen, damit der Wissenstransfer nicht gehemmt wird. Nur dann kann NRW in Wirtschaft und Technologie Vorreiter werden.



## Wie kann die Praxisorientierung der Fachhochschulen gestärkt und ausgebaut werden?

**Von Professor Friedrich Wilke (FDP)**

Die Fachhochschule hat sich in unserem Ausbildungssystem seit über 30 Jahren bewährt. Gerade in der heutigen Zeit knapper Fachkräfte werden die dort in berufsbezogenen Studiengängen ausgebildeten Absolventen im Beschäftigungssystem dringend benötigt.



Die Stärke der FH ist ihre praxisorientierte Lehre und Forschung. Die Verantwortlichen in den Fachhochschulen selbst wissen sehr genau, wie sie in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei den Studiengängen, bei Diplomarbeiten, durch Einrichtung von Transferstellen und vielen anderen gemeinsamen Projekten ihre Stärken weiter ausbauen und ihr Angebot für Studierende qualitativ verbessern können, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

Seit dem so genannten Qualitätspakt findet jedoch ein Rückbau der Fachhochschulen statt, gemessen an absoluten Studienplätzen und auch in Relation zu den Universitäten. Das Gutachten des Expertenrats belegt, dass die Landesregierung ihr Ziel, den Ausbildungsanteil der FH deutlich zu erhöhen, verfehlt hat. Der Expertenrat verlangt eine Verlagerung von Ressourcen in den Fachhochschulbereich. Tatsächlich ist eine Umorientierung dringend erforderlich: Die FH-Kapazitäten müssen nachhaltig ausgebaut werden. Attraktivitätssteigerung ist nicht nur für Studierende, sondern auch für Professoren und Mitarbeiter erforderlich. Der Mittelbau muss besser gefördert werden, und die Besoldungsstrukturen von Universitäten und FH müssen angeglichen werden, denn Fachhochschulen nehmen zwar andersartige, aber gleichwertige Aufgaben in unserem Bildungssystem wahr. Insbesondere können hochkarätige Berufspraktiker nur durch eine attraktive und leistungsgerechte Besoldung für eine Professur gewonnen werden. Hier ist die geplante Dienstrechtsreform mit den dort genannten Grundgehältern wenig attraktiv.

**Von Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**

Unsere Fachhochschulen zeichnen sich in besonderer Weise durch ihre anwendungsorientierten fachwissenschaftlichen Studiengänge aus. Diese werden nicht nur von den Studierenden gerne angenommen, sondern haben einen hohen Wirkungsgrad für die regionale Wirtschaft. Darüber hinaus müssen wir aber folgende Entwicklungstrends zur Kenntnis nehmen: Fachhochschulen haben in den vergangenen Jahren ihr Fächerspektrum erweitert. Sie bieten auch Studiengänge an, die bislang nur Universitäten vorbehalten haben. Sie haben Ausbildungsangebote für neue Berufsbilder entwickelt, für die bisher keine Hochschulbildung vorgesehen war. Bei den FH-Professoren hat sich ein Generationenwechsel vollzogen. Die jüngere Generation der Professoren hat gleichermaßen Forschungs- und Praxiserfahrung. Darüber hinaus gewinnen Aufgaben der angewandten FuE (der Forschung und Entwicklung) für die Profilbildung zunehmend an Bedeutung.



Wir GRÜNE sehen deshalb in den Fachhochschulen einen wichtigen Hochschultyp, der landespolitisch gefördert werden muss. Die Fachhochschulen sollen sich weiter profilieren und ihr Fächerspektrum entschieden ausweiten können. Dazu gehören der Aufbau von Studiengängen der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften, sodass ein Viertel der derzeit in universitären Studiengängen dieser Fächer Studierenden künftig an Fachhochschulen studieren kann. Mit bloßen Umschichtungen ist die Erhöhung des Ausbildungsanteils allein aber nicht zu erreichen. Für eine realistische Ausbauperspektive der Fachhochschulen erwarten wir von der Landesregierung einen Entwicklungsplan, der mittel- und langfristig auch zusätzliche Mittel bereitstellt.

Wir unterstützen und begrüßen deshalb die im Wissenschaftsausschuss geplante Anhörung zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen. Wir gehen allerdings davon aus, dass eine Perspektivplanung für die Fachhochschulen nur vor dem Hintergrund der Entwicklung der gesamten Hochschullandschaft ernsthaft diskutiert werden kann.

# Einbrüche bei Beschäftigung und Landesfinanzen

## Schwache Wirtschaftsdaten in der Debatte

In einer von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 14. November über das Thema „Abschwung auf dem NRW-Arbeitsmarkt beschleunigt sich, Steuereinnahmen brechen ein – Wie reagiert die Landesregierung?“. Redner der Opposition forderten niedrigere Löhne und weitere Steuersenkungen. Arbeitsminister Schartau verteidigte die neuen Instrumente zur „passgenauen“ Beschäftigung. Finanzminister Steinbrück vermisste Vorschläge, öffentliche Leistungen dauerhaft zu finanzieren.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) nannte den „gravierendsten Einbruch beim Wirtschaftswachstum“ in NRW seit 20 Jahren als Ursache für weitere Massenarbeitslosigkeit und den Einbruch bei den Steuereinnahmen. NRW näherte sich der Marke von 800 000 Erwerbslosen, darunter 85 000 Menschen unter 25 Jahren. Der neue „Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr“ bestehe nur aus Politprosa und vier Seiten Unterschriften. Die FDP fordere ein echtes Zukunftsprogramm Montanregion mit schneller Rückführung der Kohlesubventionen. Mittelständische Unternehmen brauchten niedrigere Arbeitskosten und Steuersenkung, anstatt Menschen und Betrieben immer mehr Steuern abzuziehen.

**Horst Vöge** (SPD) antwortete, Einbrüche am Arbeitsmarkt und bei den Steuereinnahmen gebe es nicht nur in NRW. Vor-

zung. Nur durch einen Niedriglohnssektor könne die Arbeitslosigkeit bekämpft werden.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) hielt die Lage für ernst, die Reaktion der Landesregierung aber für klug und vorausschauend. Wegen der Globalisierung seien wir nicht unabhängig. Handeln sei nötig, aber kein blinder Aktionismus. Neoliberale Vorschläge brächten uns nicht weiter. Andere Regionen in NRW stünden an der Spitze. Die GRÜNEN hätten mit umweltverträglicher Technik und effizienten Ressourcen zur Exportsteigerung beigetragen. Die passgenaue Politik von Arbeitsminister Schartau sei sehr vernünftig. Wenn es nach CDU und FDP gegangen wäre, wären die Steuerausfälle doppelt so hoch. Ursache für hohe Mindereinnahmen sei auch Steuerhinterziehung durch Einkommensmillionäre. Kapitalerträge sollten stärker belastet werden.

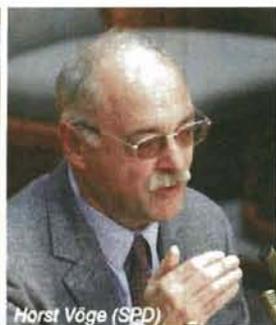
und verteidigte die höhere Verschuldung, die alle Bundesländer auf sich nähmen. NRW sei nicht der Nabel der Welt. Aus USA-Sicht stehe Europa erst am Beginn einer Rezession und sei vom Abschwung der amerikanischen Wirtschaft noch nicht voll erfasst. Steueroasen innerhalb der EU gingen zu Lasten des Standorts Deutschland, obwohl die Unternehmen hier jetzt größte steuerliche Vorteile hätten. Die Körperschaftsteuer sei eine Bagatelsteuer geworden. Bei den Personengesellschaften werde in Berlin nachgebessert. Ohne die Ökosteuer wären die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung höher.

**Dr. Stefan Grüll** (FDP) erklärte, die Arroganz, etwa in bunten Broschüren, mit erheblichem Aufwand hergestellt, sei der Situation nicht angemessen. Mit dem Landeshaushalt, der auf Trickereien aufbaue, schlittere das Land in Verfassungswidrigkeit. Der Haushaltsausschuss wolle seriöse, keine überholten Zahlen. Bei 822 Millionen Euro Neuverschuldung gehe es um hausgemachte Ursachen. Die Zeit für Hochmut sei vorbei.

**Edith Müller** (GRÜNE) vermisste Vorschläge der FDP und verteidigte die Ministe-



Dr. Gerhard Papke (FDP)



Horst Vöge (SPD)



Christian Weisbrich (CDU)



Rüdiger Sagel (GRÜNE)



Harald Schartau (SPD)

Fotos: Schäfer

gezogene Maßnahmen beim Straßenbau würden den Arbeitsmarkt beleben, ebenso das Ziel-2-Programm und der Metrorapid. Für mehr Beschäftigung gebe es Instrumente wie Transferagenturen, Jobrotation und START-Zeitarbeit, ferner die passgenaue Vermittlung von Arbeitslosen und Hilfeeinrichtungen durch Sozialagenturen. Ältere Arbeitnehmer früh zu verrenten, könnten wir uns nicht mehr leisten. Durch Abbau von Überstunden könnten 190 000 Vollzeitbeschäftigte geschaffen werden. Subventionierte Niedriglohnjobs böten Beschäftigungsmöglichkeiten.

**Christian Weisbrich** (CDU): Diese Landesregierung verstehe Illusionen zu wecken wie keine andere, verspreche Metrorapid und Olympia, versage aber in der Gegenwart. Die traurige Realität verschwinde im medialen Scheinwerferlicht. Unabhängig vom 11. September gebe es Umsatzrückgänge, weniger Bauvorhaben, weniger Kfz-Neuzulassungen und Hiobsbotschaften von Großbetrieben, Handwerk und Mittelstand. Spitzenwerte bei Auslandsinvestitionen hätten nur mit Mannesmann zu tun. Mit dem Zwölf-Punkte-Programm wolle Clement beschleunigen, was bisher verschlammpt worden sei. Die Investitionsquote sinke auf das Rekordtief von 8,8 Prozent. Die „Spielerei Projekt Ruhr“ sei nur eine Werbeveranstal-

**Arbeitsminister Harald Schartau** (SPD) wandte sich an die FDP: Wenn die Sonne tief stehe, würden Zwerge lange Schatten. Seit 1998 gebe es in NRW 230 000 mehr Erwerbstätige. Seine Maßnahmen sollten in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen, Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen und Stellen für Fachkräfte besetzen. Schwarzarbeit solle in legale Arbeit umorganisiert werden. Der Ruhrpakt müsse Dynamik entfalten. In einer entgrenzten Wirtschaft verpuffe Geld aus der Gießkanne. Deshalb würden Investitionen in besonders notleidenden Industriezweigen vorgezogen. Das Mittelstandsgesetz solle Hilfe geben. Dass die Stahlindustrie nicht mehr unter null komme, sei ein großer Erfolg.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU): Wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit sei es Zeit für Alarmglocken. Wenn bei 230 000 mehr Beschäftigten jetzt die 630-Mark-Arbeitsverhältnisse mitgezählt würden, sei das nur eine schönere Statistik. Gradmesser seien die bezahlten Arbeitsstunden. Die Zahl habe abgenommen. Arentz zitierte Oskar Lafontaine, der Deutschland eine falsche Wirtschaftspolitik und die rote Laterne in Europa zuschreibe. Schartaus Politik beim Niedriglohnssektor solle unterstützt werden.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD) äußerte sich enttäuscht über die Beiträge der Opposition

riumsneubauten mit wirtschaftlicher Effizienz gegenüber den jetzigen Mieten. Im Landeshaushalt 2001 würden beim Personal und bei Verwaltungsausgaben 800 Millionen Mark eingespart. Reformen beim Länderfinanzausgleich und bei der Gewerbesteuer, Kapitalertragsbesteuerung, Kontrollmitteilungen der Banken an Finanzämter seien angesagt.

**Helmut Diegel** (CDU) sagte, der Finanzminister habe in NRW eine Pleite hingelegt. Der Einbruch bei den Einnahmen sei in NRW am größten, eine Katastrophe, die politisches Versagen dokumentiere. Die Ökosteuer sei ein Konjunkturkiller. Steuerentlastungen träfen den Mittelstand erst 2005.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) sagte, die größten Steuerausfälle der letzten Jahre in allen Länderhaushalten seien konjunkturbedingt und Folge des geänderten Steuerrechts, das alle gewollt hätten. Das Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform würde Mindereinnahmen von fünf Milliarden Mark bringen. Ohne die jetzigen Einbrüche hätte NRW ein Jahres-Plus von 800 Millionen Mark. Der Haushalt 2002 weise ein Minus von 0,5 Prozent auf, das sei bisher einmalig. Länder und Kommunen könnten kaum noch kalkulieren.

## Fahrzeugpool und Managementgesellschaft

### SPD/GRÜNE: Neun Zweckverbände koordinieren

**Gerhard Wirth** (SPD) sagte „Die Bahn ist für die Bürger da“ und teilte mit, die Bürger Europas legten pro Tag durchschnittlich 35 Kilometer zurück. Mobilität sei zu einem Grundbedürfnis und einer Forderung der Arbeitswelt geworden. Alle stünden immer öfter im Stau, rein statistisch in Deutschland jeder Autofahrer jährlich 65 Stunden. Zentrale Säule sei der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Die Bahnreform und die Regionalisierung hätten die Leistungen deutlich gesteigert. Trotzdem sei die Zahl der PKW-Fahrten gestiegen. Beim Schienenpersonennahverkehr (SPNV) werde die parlamentarische Mitwirkung gestärkt, und in einer SPNV-Managementgesellschaft sollten die neun Zweckverbände gegenüber der Deutsche Bahn AG (DBAG) gestärkt werden. Die Gesellschaft solle auch den neuen Fahrzeugpool organisieren und mehr Wettbewerb ermöglichen. Außerdem würden die Trennung von Netz und Betrieb aufgehoben und das ÖPNV-Fördersystem vereinfacht. Der Metrorapid sei ÖPNV, das habe der Unterausschuss klar dargelegt.

**Gerhard Lorth** (CDU) hielt die Finanzierung des Regionalisierungsgesetzes für diskussionswürdig, „da nunmehr ein neuer volkseigener Landesbetrieb ins Leben gerufen werden“ solle. Bahnchef Mehdorn wolle den attraktiven Fernverkehr herausnehmen, das Interregio-Netz zerhacken und es regionalisieren. Die Landesregierung sei unehrlich, wenn sie den Metrorapid zu Lasten anderer Maß-



Gerhard Wirth (SPD)



Gerhard Lorth (CDU)



Christof Rasche (FDP)



Peter Eichenseher (GRÜNE) Fotos: Schalte

Mit der anstehenden Änderung des NRW-Regionalisierungsgesetzes wollte die FDP auch die Förderung von Bussen als Schienenersatzverkehr erreichen. Laut einer vom Verkehrsausschuss durchgeführten Befragung unterstützen die kommunalen Spitzenverbände und die Zweckverbände jedoch im Prinzip den Vorrang für die Schiene. Die Landtagsmehrheit lehnte den FDP-Gesetzesentwurf (Drs. 13/622) ab und nahm den SPD-/GRÜNE-Antrag „Neue Kundenorientierung durch Weiterentwicklung und Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs“ (Drs. 13/1534) gegen die Stimmen von CDU und FDP an. Danach sollen im zu ändernden Gesetz auch ein Fahrzeugpool und die Management-Gesellschaft (siehe vorige Ausgabe) verankert werden.

nahmen des ÖPNV in das Regionalisierungsgesetz einbeziehe. Auch sollten die Landesanteile an der Gemeindeverkehrsfinanzierung ausgesetzt werden. Die Bahnreiseturistik verabschiedete sich 2002 von 180 Millionen Zugkilometern, einem Fünftel des Fernverkehrsangebots. Landesbetriebe würden nur langsamer und teurer. Die CDU wolle es bei den Zweckverbänden belassen und lehne Fahrzeugpools und SPNV-Managementgesellschaft ab.

**Christof Rasche** (FDP): In ihrem Änderungsentwurf gehe es der FDP um marktorientierte Förderung des ÖPNV. Schwach ausgelastete Züge sollten durch Busse ersetzt werden. Die Umstellung in Abendstunden und am Wochenende sei sinnvoll, weil Busse wirtschaftlicher führen, öffentliche Gelder sinnvoller eingesetzt würden. Landeszuwendungen solle es auch für die billiger und flexibler einsetzbaren Busse geben. Die FDP lehne auch grüne Ideologie durch überzogene Förderung von Bimmelbahnen ab.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) kündigte weitreichende Verbesserungen bis zum Jahr 2006 für die Kunden von Bus und Bahn in NRW an: Taktverdichtungen, Reaktivieren von Strecken, bessere Fahrzeuge, einfachere Tarife und elektronisches Ticketing. Die Zweckbindung für die Schiene sei zentrales Gesetzesanliegen. Neue Anbieter sollten im SPNV-Wettbewerb gestärkt und Zugangshürden verringert werden.

**Verkehrsminister Ernst Schwanhold** (SPD): Der Vertrag mit der Bahn über den Einkauf von zusätzlich zwölf Millionen Zugkilometern laufe 2003 aus. Die Finanzierung des angewachsenen Schienenverkehrs müsse eine rechtliche Grundlage erhalten. Bei den 87 Zugkilometern gebe es prächtige Nutzungssteigerungen. Die Praxis bei der Bestellung und Schwierigkeiten bei einheitlichen Tarifen hätten gezeigt, dass die kommunalen Träger besser koordiniert werden müssten. Die SPNV-Managementgesellschaft könne landeseinheitliche Strategien durchsetzen und die Zweckverbände bei Verhandlungen mit der Bahn stärken. Das Ministerium werde die Gesetzesnovelle noch in diesem Jahr vorlegen.

## Alle Fraktionen:

### NRW-Flughäfen werden ausgebaut

Den FDP-Antrag „NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 bedarf der Zustimmung des Parlaments“ erklärte der Landtag für erledigt und stimmte einer gemeinsamen Entschließung (Drs. 13/1719) aller vier Fraktionen zu (Ausschussbericht vorige Ausgabe). Nach diesem Konzept sollen die Startbahnen in Düsseldorf und Münster sowie in Paderborn verlängert werden. Der Sprecher der GRÜNEN verlangte jedoch eine neue Bedarfsermittlung.

**Christof Rasche** (FDP): Der Luftverkehr sei als „Jobmaschine“ sehr wichtig. Verlässliche Rahmenbedingungen bestünden aber nur, wenn die Luftverkehrspolitik auch von den Regierungsfractionen getragen werde. Öffentliche Zweifel an einer Verlängerung der Start- und Landebahn am Flughafen Münster/Osnabrück, seien ein Beispiel für die „Blockade- und Staupolitik der GRÜNEN“.

**Manfred Hemmer** (SPD), Vorsitzender des Verkehrsausschusses: Dies ist ein guter Tag für NRW. Nicht immer bekomme die Verkehrspolitik eine große Mehrheit im Landtag. Das Passagieraufkommen solle sich bis 2015 mehr als verdoppeln. Für Sozialdemokraten sei Mobilität keine Freiheit einer kleinen Elite. Eine Verlängerung Münster sei für die Wirtschaftskraft der Region notwendig.

**Heinz Hardt** (CDU): Am Markt herrschten gewaltige Überkapazitäten, die Krise der LTU mache dies deutlich. Wer beantragte und zugeteilte Slots nicht in Anspruch nehme, solle eine Strafgebühr bezahlen. Die Infrastruktur müsse entsprechend ausgebaut werden. Die Bevorzugung von München und Frankfurt durch die Lufthansa sei nicht hinnehmbar, dies wirke wie eine Marktabstottung gegenüber NRW.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE): Die Luftverkehrspolitik in NRW werde ein konfliktreiches Feld bleiben. Der Flughafen Düsseldorf werde nie „in der ersten Liga der europäischen Flughäfen“ spielen. Dafür sei die Innenstadt-Lage nicht geeignet. Ziel einer GRÜNEN Luftverkehrspolitik blieben lärm-mindernde Maßnahmen bis hin zu einer Kernruhezeit.

**Verkehrsminister Ernst Schwanhold** (SPD): Es gebe keinen Verkehrsminister, der so viele Gespräche mit dem Chef der Lufthansa geführt habe wie er. Auch für ihn sei der Wegfall der Lufthansa-Verbindung von Düsseldorf nach New York „schmerzhaft“.

**Gerhard Wächter** (CDU) zweifelte an der Lebensdauer eines Luftverkehrskonzepts auf zehn Jahre, wenn einer der Koalitionspartner bereits heute einen wichtigen Baustein in Frage stelle. Der Lärmschutz sei einer „der ärgerlichsten, sensibelsten Punkte“ im Luftverkehr. Der Minister solle Lösungsvorschläge der CDU, beispielsweise das Steilstartverfahren, zügig erproben lassen.

**Minister Schwanhold** (SPD) dankte allen Fraktionen. Die Gemeinsamkeit stärke ihm „in schwieriger Situation“ den Rücken. Eine Stellungnahme zum Flughafen Münster sei gegenwärtig nicht notwendig, weil man sich im Prüfungsverfahren befinde.

Thomas Grunwald

# Ab 2002 Recht auf Akteneinsicht in NRW Bürger können Schriftstücke der Verwaltung einsehen

**Frank Baranowski** (SPD) erläuterte, ab 2002 hätten die Menschen in NRW Zugang zu allen Informationen von Behörden und öffentlichen Stellen. Ein spezielles Interesse brauche nicht nachgewiesen zu werden. In einer Zeit, in der bei Antiterror-Gesetzen über begrenzte informationelle Selbstbestimmung nachgedacht werde, setze NRW einen Gegenpunkt. Bisher spiele sich das Handeln der öffentlichen Verwaltung weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Jetzt gebe es freien Zugang zu Akten und Daten. Grenzen habe dieser allerdings durch Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und bei Verdacht auf Wirtschaftsspionage. NRW betrete Neuland. Es sei ein gutes Gesetz.

*Der Landtag nahm das Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land NRW (IFG NRW) in zweiter Lesung an. Es tritt am Anfang des Jahres 2002 in Kraft. Dem Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/1311) stimmten in der vom Innenausschuss beschlossenen Fassung (Drs. 13/1748) mit Änderungen, die von der FDP vorgeschlagen wurden, einstimmig zu. Der frühere Gesetzentwurf der CDU (Drs. 13/321) war zuvor abgelehnt worden.*

anderen Ländern werde damit selbstverständlich umgegangen. Mit mehr Information seien Beteiligung, Kontrolle und politische Mitwirkung verbunden. Das Recht auf Akteneinsicht gehe viel weiter als das bisherige Auskunftsrecht zu eigenen Daten. Das Umdenken in den Verwaltungen werde gefördert. Ein guter Kompromiss sei gefunden worden, auch zwischen Betriebsgeheimnissen und öffentlichem Interesse.

und Bürger. Aus dem Ganzen könne nur etwas Gutes werden. Das Innenministerium werde dafür werben. Bei der Einbringung habe noch niemand an die große Bewährungsprobe für unsere freiheitliche Demokratie durch die Terroranschläge gedacht. Im Hinblick auf die Sicherheitslage würden Datenschutz und Transparenz gern infrage gestellt. Ein grundsätzliches Recht auf Informationszugang löse Be-

## Anspruch

Dieses Gesetz gilt für die Verwaltungstätigkeit der Behörden, Einrichtungen und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände ...

Jede natürliche Person hat ... gegenüber den genannten Stellen Anspruch auf Zugang zu den ... vorhandenen amtlichen Informationen.

Der Zugang zu amtlichen Informationen wird auf Antrag gewährt. Der Antrag soll schriftlich gestellt werden.

Die Information soll unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach Antragstellung, zugänglich gemacht werden ...

aus: Informationsfreiheitsgesetz NRW

## Schutz

Der Antrag auf Informationszugang ist abzulehnen, soweit ... Landesverteidigung, internationale Beziehungen, ... oder die innere Sicherheit beeinträchtigt würde, durch die Bekanntgabe der Ablauf eines anhängigen Verfahrens ... oder der Erfolg einer ... behördlichen Maßnahme beeinträchtigt würde.

Der Antrag soll abgelehnt werden, wenn sich der Inhalt auf ... Willensbildung innerhalb von öffentlichen Stellen bezieht.

Der Antrag ist abzulehnen, soweit durch ... Information ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis offenbart wird ...

aus: Informationsfreiheitsgesetz NRW

## Kosten

Für Amtshandlungen (aufgrund dieses Gesetzes) werden Gebühren erhoben.

aus: Informationsfreiheitsgesetz NRW

sorgnisse aus. Wir sollten uns nicht verunsichern lassen. Mit dem „Freedom of Information Act“ seien die USA 1966 Vorreiter gewesen und dächten nicht an Aufgabe. Durch Ergänzungen werde der Sicherheitslage Rechnung getragen. Eine Ausforschung sicherheitsrelevanter und wirtschaftssensibler Informationen müsse vermieden werden. Denkbare Sachverhalte hätten so in Gesetzessprache gebracht werden müssen, dass keine Sicherheitslücken entstünden.

**Axel Wirtz** (CDU) erinnerte, Bürgernähe und mehr Mitwirkungsrechte habe die CDU schon bei der Kommunalwahl und bei Änderungen des Wahlrechts angestrebt. Verwaltungen seien für die Bürger da. Es dürfe kein Herrschaftswissen geben. Die NRW-CDU habe mit ihrem Gesetzentwurf vom Oktober 2000 Neuland betreten. Die Expertenanhörung am 15. März 2001 habe Anregungen und Kritik gebracht, die durch einen Änderungsantrag der CDU umgesetzt werden sollten. Leider sei Rot-Grün nicht bereit, berechnete Anliegen der Minderheit ordentlich zu beraten, und habe in letzter Minute Änderungen vorgelegt. Gerade von den GRÜNEN sei er enttäuscht. Das Verfahren sei kein guter Stil. Trotzdem stimme die CDU dem Entwurf von SPD und GRÜNEN zu, weil das Anliegen ab 2002 umgesetzt werden solle.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) sagte, die Zustimmung aller Fraktionen sei ein wichtiges Zeichen für die Bürgerinnen

**Carina Gödecke** (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, beantragte die getrennte Abstimmung über den FDP-Änderungsantrag in zwei Blöcken.

**Karl Peter Brendel** (FDP) stimmte dem Gesetzentwurf zu, kritisierte aber ebenfalls das Beratungsverfahren. Bei den Änderungen halte die FDP die Überprüfung nach zwei Jahren für sachdienlich. Bei Staatsanwaltschaften müsse es Grenzen für Auskunftsansprüche geben. Unklare Passagen könnten zu restriktiven Maßnahmen benutzt werden. Europarechtliche, weitergehende Vorgaben müssten in den zwei Jahren eingearbeitet werden. Die FDP wolle noch mehr Klarheit in das Gesetz bringen.

**Monika Düker** (GRÜNE) begrüßte das Gesetz als Baustein auf dem Weg zu konsequenter Bürgerpolitik. Die intensiven Beratungen hätten sich gelohnt, denn Interessenkollisionen seien nicht zu vermeiden. Es habe sich gezeigt, dass in Deutschland Informationsfreiheit keine Tradition habe. In

*„Aus der Geschichte lernen“ lautet das Motto der Ausstellung, die der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Vorsitzender des NRW-Landesverbandes ist Innenminister Dr. Fritz Behrens (Foto) – in der Wandelhalle des Landtags aufgebaut hat, wo sie noch bis Ende des Monats zu sehen ist. Landtagspräsident Ulrich Schmidt betonte in seiner Eröffnungsrede, die Ausstellung greife in beeindruckender Weise das Thema Krieg und Frieden auf. Sie mahne und zeige zudem, was jeder Krieg für die Menschen bedeute: Qual, Tod, Elend, Zerstörung. Foto: Schälte*



# „Der neue Geist aus NRW sollte auch in Berlin bei der Integration wehen“

## Landtag debattiert auf Antrag der GRÜNE-Fraktion über Zuwanderung

*Deutschland ist ein Einwanderungsland und braucht Zuwanderung — für die Feststellung dieser inzwischen anerkannten Tatsache seien die GRÜNEN jahrelang „verhöhnt“ worden. In der von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 16. November forderte die GRÜNE-Fraktion, das Einwanderungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode durch Bundestag und Bundesrat zu bringen und auf unionsregierte Landesregierungen einzuwirken, die das Gesetz ablehnen wollen. Die Aktuelle Stunde stand unter dem Motto „Einwanderungsland Deutschland gestalten — Schub für Integrationsoffensive in NRW nutzen“.*

**Monika Düker** (GRÜNE) fuhr fort, die demographisch und wirtschaftlich erforderliche Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte dürfe aus Sicht ihrer Partei „nicht gegen den menschenrechtlich begründeten Flüchtlingsschutz ausgespielt werden“. Nach der vorbildlichen Integrationsinitiative des gesamten Landtags NRW sei in Berlin ein Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht worden, das nicht mehr auf Abwehr setze, sondern „eine moderne, zukunftsfähige und europataugliche Einwanderungspolitik“ ermöglichen soll, bei der es um Steuerung, Eingliederung und um die rechtliche Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten gehe. Der neue Geist im Landtag, so die Sprecherin, müsse auch auf Bundesebene mehrheitsfähig gemacht werden.

**Jürgen Jentsch** (SPD) nannte das in Berlin vorliegende Zuwanderungsgesetz das modernste in Europa. Mit der flexiblen Zuwanderungspraxis demonstriere Deutschland nicht nur Weltoffenheit, sondern dämme die illegale Zuwanderung ein und steuere den Arbeitsmarkt, wobei die Wirtschaft einen enormen Schub erhalte, um in den international tätigen Schlüsselbranchen konkurrenzfähig zu bleiben. Dafür seien erhebliche Mittel erforderlich, die Land und Kommunen allein nicht schultern könnten.

**Willi Zylajew** (CDU) riet den GRÜNEN, nicht ständig draufzusatteln. Sie wollten das Thema zu einem Wahlkampfthema machen: „Das verdienen die Zuwanderer nicht.“ Die CDU sei gegen Parallelgesellschaften und halte nichts von der multikulturellen Gesell-

schaft: „Wir wollen eine interkulturelle Gesellschaft, in der die Gruppen einander achten und die Menschen versuchen sich zu verstehen.“ Das könne nur über die Sprache gelingen, fuhr Zylajew fort und schlug vor, bevor in Berlin über Zuwanderung diskutiert werde, „sollten wir zunächst einmal die Situation hier im Land in Ordnung bringen“.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) meinte, bei der Umsetzung der einhellig beschlossenen Integrationsoffensive NRW brauche man vor allem eines: „Geld, und zwar viel Geld.“ Und das sehe sie zurzeit weder auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene. Sie begrüße, dass mit dem Zuwanderungsgesetz die Integration staatliche Aufgabe werde. Sie machte aber darauf aufmerksam, dass die Kosten, die nach dem Zuwanderungsgesetz auf das Land für Kurse in Deutsch und Landeskunde zukommen, enorm seien: „Wie sollen wir das bezahlen?“

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) griff diesen Aspekt auf: „Die Landesregierung wird in dem anstehenden Bundesratsverfahren darauf achten, dass die Interessen der Länder und auch der Kommunen, die vor Ort die Belastungen vor allem der Integration zu tragen haben, ausreichend berücksichtigt werden.“ Es sei ein wichtiger Schritt, dass zum ersten Mal mit dem Ausländerrecht Vorschriften über die Integration der Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft vorhanden seien. Das sei ganz im Sinne der nordrhein-westfälischen Integrationsoffensive ein Einstieg in eine systematische, gesetzlich begründete Förderung der Integration von Zuwanderern.

**Thomas Kufen** (CDU) unterstrich, dass das Erlernen der deutschen Sprache Voraussetzung für das Gelingen der Integration sei. Darum sei das von der Landesregierung für das kommende Jahr angekündigte ressortübergreifende Sprachförderungskonzept „überfällig“.

**Jamal Karsli** (GRÜNE): Deutschland benötige Einwanderung, wenn es auf dem jetzigen wirtschaftlichen und demographischen Niveau bleiben wolle. Es müssten aber nicht nur Spezialisten kommen, „sondern auch Menschen, die im Gesundheitssektor, in der Gastronomie, in der Bauwirtschaft und in anderen Bereichen tätig sein können“.

**Vera Dedanwala** (SPD) appellierte an die CDU, sich an ihre politischen Freunde zu wenden und daran mitzuarbeiten, „dass dieses Thema vor der Wahl erledigt und nicht in den Wahlkampf gezogen wird“.

**Karl Peter Brendel** (FDP) verwies darauf, dass große Teile der Bevölkerung die Diskussion noch nicht geführt hätten, die im Landtag zur Integrationsoffensive zwischen den Parteien stattgefunden habe. Dieser gemeinsam unternommene Schritt sollte jetzt auch gemeinsam umgesetzt werden.

**Arbeitsminister Harald Schartau** (SPD) stellte klar: „Das Zuwanderungsgesetz ist kein Ventil, um den Druck von der Notwendigkeit zu nehmen, weiterhin hier im Lande aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.“ Er rechnete vor, in NRW komme in den Bereichen Kindergarten, Schule, Arbeit und Soziales jährlich eine Milliarde Mark an Integrationsleistung des Landes zusammen. Wer die integrationspolitischen Konzepte effektiv und effizient steuern wolle, komme nicht daran vorbei, den Ländern, die große Verantwortung für die dauerhafte Integration der Menschen trügen, entsprechende Mitspracherechte einzuräumen.



Fachleute in Sachen Zuwanderung und Integration im Meinungsaustausch vor der Stirnwand des Plenarsaals (v.l.): Willi Zylajew (CDU) und Vera Dedanwala (SPD), Dr. Ute Dreckmann (FDP) mit Jamal Karsli von den GRÜNEN. Fotos: Schälte

# Parlament bringt Reform der Schule auf den Weg



In zweiter Lesung hat der Landtag das Schulentwicklungsgesetz mit der Koalitionsmehrheit verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden die Voraussetzungen für das Reformvorhaben „Selbstständige Schule“ geschaffen.

**Manfred Degen** (SPD) nannte die Veränderungen, die der Gesetzentwurf zur zweiten Lesung aufweise und die Früchte der Beratungen und der großen Anhörung zu dieser Materie seien. Der CDU hielt er in diesem Zusammenhang vor, sie habe auf Zeit gespielt und sich vor einer Entscheidung gedrückt, ob sie am Reformprozess teilnehmen wolle, ob sie eine Rolle dabei zu spielen oder aber ihre Verweigerungshaltung fortzusetzen gedenke. Die zu revidieren und an der Gestaltung der Reform noch mitzuwirken habe die CDU Gelegenheit, wenn es in Kürze darum gehe, die Rechtsverordnung zu diesem Gesetz in den vorgesehenen Ausschüssen — sie bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, des Ausschusses für Innere Verwaltung sowie der für Kommunalpolitik zuständigen Ausschüsse des Landtags — zu erörtern.

**Bernhard Recker** (CDU) teilte mit, auch die CDU sei für mehr Selbstständigkeit und Freiraum für die Schulen — aber mit entsprechenden klaren Rahmenbedingungen, wie klarer Verteilung der Finanzverantwortung und klaren Zuständigkeitsregelungen. Das alles könne nur mit ausreichenden Ressourcen funktionieren, betonte er und vermisste zudem die Zeit für eine inhaltliche Diskussion in den Kommunen, auf der Ebene der Schulen und im Kreis der Elternschaft. So aber habe Rot-Grün durch mangelnde Chance, unklare Rahmenbedingungen und unnötigen Zeitdruck eine „Riesenchance“ verpasst und eine an sich gute Idee ins Abseits laufen lassen. Recker wies auf die verhältnismäßig geringe Resonanz bei der Beteiligung hin — sie sei im Übrigen eine Resonanz auf eklatante Versäumnisse der Vergangenheit und lasse im Zeitraum von 2003 bis 2009 eine ganze Schülergeneration außen vor. Selbstständigkeit in curricularen Fragen lehne seine

Fraktion ab, weil damit qualitätssichernde und vergleichbare Maßstäbe in Gefahr gerieten.

**Ralf Witzel** (FDP) signalisierte Ablehnung: Seine Fraktion wolle sich nicht „für die Probleme der nächsten Jahre und für den Murks im Detail“ mit in die Verantwortung nehmen lassen. Die FDP sei auch für mehr Freiheit für die Schulen — aber für 100 und nicht fünf Prozent. Zudem benötigten auch die kommunalen Schulträger mehr Freiheit. Selbstständigkeit von Schule setze aber zwingend Wettbewerb zwischen Schulstandorten voraus, sonst müsse man die Debatte nicht führen. Witzel wörtlich: „Deshalb: Schulbezirke weg!“ Es sei eine Frage des demokratischen Selbstverständnisses, wenn das Plenum bei wesentlichen Rechtsänderungen die Beteiligung des Innenausschusses beschließe, die Mehrheitsfraktion aber mit einer Stimme Mehrheit Voten durchziehe, „obwohl die Beratung in den mitberatenden Ausschüssen überhaupt nicht stattgefunden hat“.

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, urteilte: „Dieser Gesetzentwurf ist der richtige Weg. Wir in NRW machen unsere Schulen zukunftsfähig. Wir sind sicher: Die selbstständige Schule ist die bessere Schule und daher die Schule der Zukunft.“ An die Opposition gewandt, forderte sie: „Machen Sie mit, stimmen Sie mit!“ Mitglieder ihrer Fraktion hätten sich in unzähligen Gesprächs- und Verhandlungsrunden für Veränderungen stark gemacht. Das Ergebnis könne sich sehen lassen, fand sie und sah das Reformvorhaben als offenen Prozess, bei dem nicht alles vorgeschrieben werden solle — Bevormundung und Gängelung hätten die Schulen in der Vergangenheit oft genug erfahren. Für die Reform gebe es keine Vorbilder und Muster, sie sei nicht von oben zu verordnen, sie bedürfe auch in der Umsetzung durch die Behörden „sensibler, zugewandter und kreativer Ermutigung“.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) wertete den Paradigmenwechsel, der mit dem Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ vollzogen werde, als bundesweit einmalig: Viele Schulen in anderen Ländern

Keine Einigkeit zwischen Opposition und Koalition in Sachen Schulentwicklungsgesetz (v.l.): Manfred Degen (SPD), Bernhard Recker (CDU) Ralf Witzel (FDP), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Schulministerin Gabriele Behler (SPD).

Fotos: Schälte

benedeten NRW um diesen Weg. Am Gesetzentwurf sei entscheidend, dass er Schulen die Chance bietet, die Qualität der eigenen Arbeit nachhaltig zu verbessern. Ziele seien Verbesserung des Unterrichts, die Verbesserung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern und mehr Zufriedenheit bei allen Beteiligten an der Schule. Bei der CDU stellte sie einen Widerspruch in sich fest: Auf der einen Seite wolle sie mehr Selbstständigkeit, auf der anderen verlange sie möglichst viele Vor-Festlegungen. Die Ministerin machte darauf aufmerksam, dass im Zuge des Schulentwicklungsgesetzes eine Reihe von Rechtsvorschriften mit Wirkung für alle Schulen geändert werden sollen; so könnten schon jetzt alle Schulen die Organisation von Unterricht verbessern. Sie betonte ferner, es gebe keine Kostenverschiebungen auf kaltem Wege in Richtung auf die Schulträger. Es werde entscheidend sein, ausreichendes Vertrauen und Zutrauen in die Akteure vor Ort zu setzen.

**Herbert Reul** (CDU) meinte, unter dem Motto „Mehr Selbstständigkeit“ solle eine Jubelnummer in die Welt gesetzt werden, während in Wirklichkeit die Schule inhaltlich nicht verändert wird. Da mache die CDU nicht mit.

**Brigitte Speth** (SPD) fragte sich, warum es der CDU in den fünf Monaten Beratungszeit nicht möglich war, ihre Vorstellungen in konkrete Anträge umzusetzen und warum sie sich außer Stande sehe, dem Modellversuch zustimmen zu können.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) legte dar, die Landesregierung habe die Schulen mit einem Regelungsdickicht überzogen, der als hektischer Aktionismus wahrgenommen worden sei: „Also musste Neues her.“ Ihre Fraktion wolle die selbstständige Schule auch — „mit wenigen, aber klaren Rahmenbedingungen und nicht mit einem Verlust an Qualität.“

## Aktuelle Stunde II: Kontenmodell als Anreiz für zügiges Studium

„Studienkonten im Hochschulland NRW – soziale Gerechtigkeit und Effizienzsteigerung“ lautete das Thema der *Aktuellen Stunde* am 15. November, die die SPD-Fraktion beantragt hat. Die antragstellende Fraktion sieht in Studienkonten ein geeignetes Instrument, um den Studierenden an den Hochschulen des Landes Anreiz zu bieten, ihr Studium möglichst zügig durchzuführen: Wer jedoch dafür länger als die doppelte Regelstudienzeit benötigt, soll zur Kasse gebeten werden. Das Erststudium, so SPD und Landesregierung, solle auf jeden Fall gebührenfrei bleiben. Für die Opposition sind Studienkonten nichts als der Einstieg in Studiengebühren, die von der NRW-Landesregierung bisher immer nachhaltig abgelehnt worden seien.

**Dietrich Kessel** (SPD) hoffte, es würden sich auch andere Bundesländer als NRW und Rheinland-Pfalz dem Modell Studienkonten anschließen, denn die Vorteile lägen auf der Hand: Für die Studierenden schaffe es Klarheit über den quantitativen Rahmen, der fürs Studium zur Verfügung steht. Neben den Anreizen für möglichst zügiges Studieren – nicht verbrauchte Kontenguthaben könnten in späteren Lebensabschnitten genutzt werden – eröffne das Modell jedem Studierenden die Möglichkeit, „unabhängig von seinem sozialen und finanziellen Hintergrund die Bildungschancen im Hochschulbereich, deren Nutzung gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben bietet“. Er, Kessel, erwarte, dass mit diesem Modell die Forderung nach Einführung von Studiengebühren schon für ein erstes berufsqualifizierendes Studium vom Tisch seien.



**Manfred Kuhmichel** (CDU) wertete das so: „Die SPD-Wissenschaftsministerin und die rot-grüne Regierungskoalition unterstützen in NRW erstmalig ein Modell zur Einführung von Studiengebühren.“ Angesichts positiver Erfahrungen wie in Baden-Württemberg sei man offenbar im Lande darauf aus, die bisher eingekommene Nachreiferrolle aufzugeben; das könne der CDU nur recht sein. Aber dennoch sei an dem vorgeschlagenen Modell der Studienkonten im Detail noch vieles „unklar, widersprüchlich und absolut unausgegoren“. So werde das NRW-Modell in anderen Bundesländern

nicht angerechnet; für die Hochschulen selbst bestehe kaum ein Anreiz; das neue System führt zu komplizierter Bürokratie in den Hochschulen und sei für die Studierenden kaum nachvollziehbar. Überhaupt diene der Vorschlag nur als „Nebelkerze zur Verschleierung weitaus wichtiger Problemfelder in der NRW-Hochschulpolitik“ – etwa wenn man an den gigantischen Sanierungsstau von fünf Milliarden Mark und an die an vielen Hochschulen völlig desolaten Studienbedingungen denke. Darum müsse das Motto lauten: „Erst sanieren, dann kassieren.“

**Professor Dr. Friedrich Wilke** (FDP) diagnostizierte angesichts der Tatsache, dass das Studienmodell erst zum Wintersemester 2004 eingeführt werden soll, in der rot-grünen Hochschulpolitik „Schnecken tempo“ und „Schleichtempo“. Wilke zur Wissenschaftsministerin: „Das ist saft- und kraftlos. Das ist ohne Mut und Tempo!“ Der Zug komme zwar in die richtige Richtung in Bewegung, aber das eingeschlagene Tempo spote jeder Beschreibung. Zur Haltung seiner Fraktion: „Wir begrüßen den eingeschlagenen Weg, den Einstieg in Studienkonten oder -gutscheine. Ähnlich wie Preise in der Marktwirtschaft sorgen sie für mehr Wettbewerb im Hochschulbereich, für eine bessere Ressourcenlenkung und führen über Nachfragemacht zur Qualitätssteigerung.“ Der Sprecher forderte, dass die Einnahmen aus den Gebühren den Hochschulen – „in vollem Umfang und ohne Abstriche an anderer Stelle“ – zufließen müssten. Die FDP biete ihre konstruktive Mitarbeit bei der Umsetzung an.



**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE) monierte, die zum Modell vorgelegten Eckpunkte stellten „kein in sich geschlossenes Konzept“ dar. Die Einführung von Bildungsgutscheinen allein reiche nicht aus: „Erst durch transparente Qualitätsstandards und eine gute Beratung können Studierende wirklich kompetent über die Wahl der Bildungseinrichtung entscheiden.“ Sie machte darauf aufmerksam, dass die Verantwortung für zügiges Studieren nicht allein bei den Studierenden, „sondern ebenso bei den Hochschulen liegt“.



**Wissenschaftsministerin Gabriele Behler** (SPD) wies Studiengebühren nach den Vorstellungen der CDU entschieden zurück: Sie wälzten die Verantwortung allein auf die Studierenden ab, spalteten, wenn sie fürs Erststudium erhoben würden, die Gesellschaft und lägen nicht mehr auf der Höhe der Zeit, denn in einem Land wie Großbritannien habe man längst erkannt, dass „Studiengebühren an



Hochschulen zu einer Ausgrenzung erheblicher Teile der Bevölkerung beim Zugang zu exzellenten Studienangeboten führen“. Die Ministerin: „Wir brauchen keine ordnungsstaatliche Debatte von gestern, wir brauchen intelligente Lösungen.“

**Marie-Theres Ley** (CDU) meinte, es gebe in Sachen Verkürzung der Studiendauer Besseres: die bessere Ausstattung der Hochschulen, das Aussuchen der Studenten durch die Hochschulen. Was die SPD vorschläge, führe zu einem „riesigen Bürokratiemonster“.

**Dr. Hans Kraft** (SPD) nannte diesen Vorhalt frei erfunden: „Sie wissen doch gar nicht, wie das Vorhaben durchgeführt werden soll.“ Im Grunde gehe es bei dem Modell nur darum, „dass jemand ein Konto mit einem Guthaben an die Hand bekommt, von dem er Semester für Semester einige Stunden selber abbucht. Dieses Verfahren ist ganz simpel, transparent und leicht nachzuvollziehen.“

**Joachim Schultz-Tornau** (FDP) erinnerte daran, dass seine Fraktion schon vor zwölf Jahren ein Gutscheinformel vorgeschlagen habe. Es habe Studienschicks zum Inhalt gehabt, „die sich nicht am Zeitverbrauch orientiert haben, sondern sinnvollerweise am übermäßigen Ressourcenverbrauch“. Darauf müsse man setzen bei der Steuerung einer angemessenen Verteilung auch von Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Hochschule und einzelnen Studierenden. Der Sprecher: „Wir halten nichts von diesem undifferenzierten Mittel der Langzeitstudiengebühren.“

**Rudolf Henke** (CDU) kam zu dem Schluss: „Dieses Modell ist hoch kompliziert und sehr aufwendig. Es ist ein Modell, das jedem Mathematikgenie zur Ehre gereicht.“ Mit der *Aktuellen Stunde* zu Studienkonten stehe fest, „Sie nehmen die Debatte über die Eigenbeteiligung auf“.

**Dietrich Kessel** (SPD) sagte, man werde bei der Umsetzung darauf achten, dass das Modell von den Hochschulverwaltungen und „erst recht“ von den Studierenden einfach zu handhaben sei. Es werde nicht zu einem großen verwaltungsmäßigen Aufwand kommen.

**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE) sah Änderungsbedarf in zwei Punkten. Die Bildungsgutscheine dürften kein Sparinstrument sein; zudem dürfe die Verwendbarkeit des Guthabens für Studium und spätere Weiterbildung nicht an eine Höchststudiendauer geknüpft sein, weil sonst der Vorteil der Flexibilität verloren ginge und Studierende benachteiligt würden, die wegen Kindererziehung oder Unterhaltserwerb nur Teilzeit studieren könnten.

**Ministerin Gabriele Behler** (SPD) meinte, sicher wäre es von Vorteil, wenn Vergleichbares für die ganze Republik eingeführt würde, „aber es geht auch unabhängig von der Beteiligung der anderen Länder“.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) verwandte sich für die Selbständigkeit der Hochschulen. Zur völligen Autonomie gehöre aber auch nach Auffassung der CDU, „dass sie die Chance haben, über Gebührenmodelle im eigenen Hause nachzudenken“.

## Im Frauenausschuss Erlass angekündigt Wohnungsverweis durch Polizei bei „Häuslicher Gewalt“

Der Ausschuss für Frauenpolitik ließ sich in der von Gerda Kieninger (SPD) geleiteten Sitzung am 9. November einen Sachstandsbericht zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes (Drucksache 13/1525) geben. Die 1. Lesung des Gesetzentwurfs fand bereits statt, ebenso eine Anhörung (Bericht siehe vorige Ausgabe). Der Vertreter des Innenministeriums, Leitender Ministerialrat Dr. Henning Tegtmeier, fasste in seinem Bericht den Sachverhalt kurz zusammen. Es sei vorgesehen, gewalttätige Ehemänner zweimal bis zu zehn Tagen aus der gemeinsamen Wohnung weisen zu können. Auch sollten diese in schweren Fällen bis zu zwei Tage in Haft genommen werden können.

Bei der anschließenden Diskussion wollte Marianne Hürten (GRÜNE) wissen, was konkret im Innenministerium an untergesetzlicher Regelung geplant sei. Weiter interessierte sie, in welchem Umfang bei der Polizei aufgrund der Gesetzesänderung Weiterbildungsbedarf bestehe. Dazu sagte Dr. Tegtmeier, das Ministerium habe bereits Anleitungen an die Polizei gegeben, wie zu verfahren sei. „Konkrete Handlungsanleitungen“ könnten aber erst erstellt werden, wenn man wisse, „was Sache“ sei. Bei der Weiterbildung sei eine „integrierte Fortbildung“ vorgesehen, d. h. eine Fortbildung vor

Ort in den Polizeipräsidiën. Sobald das Gesetz beschlossen worden sei, würden aus jeder Polizeibehörde einige Beamte zu zentralen Kursen zusammengefasst, um als Multiplikatoren in ihren jeweiligen Polizeipräsidiën zu dienen.

Die Vertreterin der FDP, Brigitte Capune-Kitka, merkte an, Polizisten hätten die Befürchtung geäußert, dass vermehrt Verwaltungsaufgaben auf sie zukämen. Dies verneinte Dr. Tegtmeier. Renate Drewke stellt für die SPD fest, der Tatbestand „Häusliche Gewalt“ stelle kein neues Problem dar. Es komme nur zu einer neuen Gesetzeslage durch



Für Einsätze bei gewalttätigen Familienstreitigkeiten werden NRW-Polizisten in den nächsten Jahren geschult, weil geänderte Rechtsgrundlagen neue Maßnahmen wie Wohnungsverweis ermöglichen. Bild: Polizeimeisterin z.A. Park und Polizeihauptmeister Triebe vor dem Landtagsgebäude. Foto: Schälte

ein Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene. Sie betonte, NRW sei „Spitze, was die Änderung des Polizeigesetzes angeht“. Nur Mecklenburg-Vorpommern sei ihren Informationen nach ähnlich weit. Marianne Hürten wollte in einer Nachfrage noch einmal wissen, was zur Umsetzung des Gesetzes konkret geplant sei, z. B. eine Rechtsverordnung oder ein Erlass. Dr. Tegtmeier sagte dazu, es werde „auf Erlassebene laufen.“

Thomas Grunwald

### Alle Fraktionen im Ausschuss einig:

## Neue Stelle Integrationsbeauftragte/r

Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten beriet unter Leitung seiner Vorsitzenden Britta Altenkamp-Nowicki (SPD) am 8. November über die Berufung eines Integrationsbeauftragten durch die Landesregierung. In der 1. Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2002 ist die Stelle eines Integrationsbeauftragten erstmals etabliert.

In der Aussprache begrüßten alle Fraktionen die Bestellung eines Integrationsbeauftragten. Willi Zylajew (CDU) bezeichnete dies als einen „vernünftigen und notwendigen Schritt“. Auch das vorgestellte Konzept fand seine Zustimmung: „Zur Struktur sagen wir eindeutig ja.“ Skeptisch sei er aber bei der geplanten Unterstützung des Landesentrums für Zuwanderung. Für die FDP unterstützte Dr. Ute Dreckmann ebenfalls die Idee, einen Integrationsbeauftragten zu bestellen. Sie betonte aber, 550 000 Euro seien „eine Menge Geld“ und befürchtete die Entstehung eines „Wasserkopfs“. Daraufhin entgegnete Vera Dedanwala (SPD), sie sehe keinen Wasserkopf. Auch sie begrüßte die Entscheidung der Landesregierung. An Willi

Zylajew gewandt, sagte sie: „Ich verstehe Ihre kritische Bemerkung zum Landeszentrum nicht.“ Der GRÜNEN-Vertreter Jamal Karsli sagte, er wünsche sich, „dass wir gemeinsam die Stelle stärken“.

Dr. Fischer machte noch einmal deutlich, dass auch die Sachmittel und die beiden dem Integrationsbeauftragten zurarbeitenden Kräfte aus den zur Verfügung stehenden Mitteln von 550 000 Euro bezahlt würden. Er betonte auch, dass das Landeszentrum nicht dem Integrationsbeauftragten unterstellt werde, sondern es solle in seiner eigenen Aufgabe gestärkt werden. Abschließend sprach die Ausschussvorsitzende die Erwartung guter Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und Integrationsbeauftragtem aus.

Thomas Grunwald

Staatssekretär Dr. Josef Fischer vom Sozialministerium teilte mit, der Integrationsbeauftragte solle nicht nur für ausländische Zuwanderer, sondern auch für Spätsiedler zuständig sein. Der Integrationsbeauftragte werde die Landesregierung regelmäßig über seine Arbeit informieren und sie auch bei der Integrationsoffensive unterstützen. Jedes Ressort der Landesregierung solle zudem einen Ansprechpartner für den Beauftragten benennen.

Anschließend stellte der Staatssekretär die Struktur und Ausstattung der neu zu schaffenden Stelle dar. Der Integrationsbeauftragte werde direkt an das Sozialministerium angebunden und habe eine „unmittelbare Verantwortung an die Hauspitze“. Für das Amt stünden 550 000 Euro bereit. Die Mittel würden verwendet für die Besoldung des Beauftragten, der im Rahmen eines Werkvertrags eingestellt werden solle, sowie für einen kleinen Mitarbeiterstab. Dieser solle aus einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einem Verwaltungsmitarbeiter bestehen. Ebenso sollten Veranstaltungen aus den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden.

## Jährlich 25000 Zuwanderer in Unna

Im Jahr 2000 wurden in der Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge Unna/Massen 21 000 Spätaussiedler und rund 4 000 jüdische Emigranten betreut. Das teilte die zuständige Sachbearbeiterin des Ministeriums im Unterausschuss Personal auf eine Frage des Vorsitzenden Helmut Stahl (CDU) im Rahmen der Haushaltsberatungen mit. Für das Jahr 2002 rechnet die Landesstelle wieder mit einem Zuzug von etwa 25 000 Spätaussiedlern und Emigranten.

## Führungsfrauen in der Finanzverwaltung

Von den 27 150 Beamten in der NRW-Finanzverwaltung sind 13 550 Frauen, das sind 50 Prozent, und von diesen wiederum arbeiten 245 Frauen in Führungspositionen (20 Prozent). Von den 12 Angestellten des höheren Dienstes in Führungspositionen sind vier Frauen (33 Prozent, Stand: Ende 2000). Das geht aus der Antwort des Finanzministers auf einen Auftrag des Haushaltsausschusses hervor (Vorlage 13/974).

## Neue Bäume an Landesstraßen

In einer Kleinen Anfrage stellten die GRÜNE-Abgeordneten Peter Eichenseher und Reiner Priggen fest, dass der Landesbetrieb Straßenbau kaum noch Alleen oder Baumreihen anlege, obwohl das bedeutende Elemente der Kulturlandschaften seien. Das Verkehrsministerium sieht das auch so und antwortete, in geringerem Abstand als 4,50 Meter könnten Bäume hinter Schutzeinrichtungen gepflanzt werden, wenn der Wirkungsbereich das zulasse (Drs. 13/1688).

## Finanzierung des Metrorapid

### Mit 4,5 Milliarden Mark vom Bund gerechnet

Die dem Unterausschuss Metrorapid des Verkehrsausschusses zugesagte Finanzierungsstudie zum Projekt Metrorapid wurde dem Landtag kürzlich von Verkehrsminister Ernst Schwanhold (Foto) übermittelt. Die Studie der Deutschen Bank geht von Investitionskosten von 7,2 Milliarden Mark für die Strecke Dortmund – Düsseldorf aus. Der Bundeszuschuss soll bei 4,5 Milliarden Mark liegen.



Die Einnahmen beim Betrieb des Metrorapid ergeben sich laut Studie der Deutschen



Bank hauptsächlich aus Ticketverkäufen im Rahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR), wobei dort neben dem Fahrpreis ein Zuschlag von drei Mark pro Einzelfahrschein erhoben werden soll. Hinzu kommen noch weitere Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen an

Fern- und Flugreisende. Die Gesamterlöse sollen sich dabei auf 339,5 Millionen Mark (ohne Einbindung von Mülheim) und 356,9 Millionen Mark (mit Einbindung von Mülheim) jährlich (in Werten des Jahres 2015) belaufen. Die jährlichen Betriebskosten des Metrorapid errechnet die Studie (ebenfalls auf das Jahr 2015 bezogen) mit 122,1 Millionen bzw. 128,1 Millionen Mark (ohne/mit Mülheim).

Bei der Finanzierung der Investitionskosten spielt der Bundeszuschuss eine wichti-

ge Rolle. Der verbleibende Betrag muss als Fremdfinanzierung aufgebracht werden. Dazu können laut Studie sowohl Darlehen in Form von Bankkrediten gehören als auch die Kapitalbeschaffung durch Anleihen. Bei den Anleihen sieht die Deutsche Bank zwei denkbare Möglichkeiten: Zum einen eine direkte Beschaffung des benötigten Kapitals durch das Land (z. B. eine NRW-Anleihe), zum anderen eine Beschaffung durch eine Metrorapid-Projektgesellschaft (indirekte Kapitalbeschaffung) unter „einer Garantie bzw. Bürgschaft der öffentlichen Hand“ im Rahmen der „Public-Private-Partnership“. Allerdings besteht laut Studie in Deutschland noch kein offizi-

elles Regelwerk dafür. Die Deutsche Bank kommt zu dem Ergebnis, dass das für den Metrorapid benötigte Kapital in ausreichendem Maß am Markt vorhanden ist. Bei der Sitzung des Unterausschusses Metrorapid am 6. November fragten Abgeordnete der CDU, ob das Land NRW den vollen Bundeszuschuss in Höhe von 4,5 Milliarden Mark erhalten werde. Staatssekretär Jörg Hennerkes vom Verkehrsministerium sagte, davon gehe die Landesregierung aus. *Thomas Grunwald*

## Hoch qualifizierte Gewerbeaufsicht

Der Petitionsausschuss unterstützt die Eingabe des mittleren technischen Dienstes bei der Gewerbeaufsicht. Er teilte den Petenten mehrerer Ämter mit, für das Haushaltsjahr 2002 sei die kostenneutrale Umwandlung von 12 weiteren Stellen vorgesehen. Im Haushaltsgesetz 2000 sei ein Überleitungsgesetz eingearbeitet worden, durch das Verbesserungen erreicht worden seien.

Die Beamten des mittleren technischen Dienstes hatten eine gerechte Vergütung gefordert und auf ständig steigende Anforderungen für die 184 Bediensteten der Gewerbeaufsicht hingewiesen. Es gebe keinen anderen Bereich, in dem eine so hoch qualifizierte externe Ausbildung, so hoher Sach- und Fachverstand gefordert werde, aber so schlechte Beförderungschancen bestünden. Auch das Umweltministerium weist darauf hin, dass die Beamten in der Regel selbstständig arbeiten und die gleichen Aufgaben wie die Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes erledigen. Ihre Unzufriedenheit sei besonders verständlich vor dem Hintergrund, dass der mittlere Dienst bei der Polizei schon umgewandelt worden sei.

Der Petitionsausschuss übermittelte seine unterstützende Stellungnahme, zusammen mit der Befürwortung des Umweltministeriums, dem Haushaltsausschuss zur Berücksichtigung in den laufenden Haushaltsberatungen (Vorlage 13/999).

Der Petitionsausschuss übermittelte seine unterstützende Stellungnahme, zusammen mit der Befürwortung des Umweltministeriums, dem Haushaltsausschuss zur Berücksichtigung in den laufenden Haushaltsberatungen (Vorlage 13/999).



**Kinder haben Rechte** — so ist es in der Konvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1989 festgelegt, die Deutschland 1992 ratifiziert hat. Um die Rechte des Kindes bekannt zu machen und umzusetzen, hat der Westdeutsche Rundfunk (WDR) einen Preis ausgesetzt, der schon dreimal verliehen worden ist und dessen Pressekonferenz als Auftakt zum vierten Wettbewerb im Landtag stattgefunden hat. Der „WDR-Preis für die Rechte des Kindes“ richtet sich an Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen im Land; bewerben können sich Kinder und Erwachsene. Der Preis ist mit 10 000 DM dotiert und wird für Initiativen ausgelobt, die die Kinderrechte in NRW „vorbildlich und unkonventionell umsetzen“. — Unser Bild zeigt von v. r.: Rudi Tarneden, UNICEF-Pressesprecher, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Karin Clement, Ehefrau des NRW-Ministerpräsidenten und Schirmherrin des Kinderrechtspreises, Wolfgang Schmitz, stellvertretender Hörfunkdirektor WDR, und Bergit Fesenfeld, Initiatorin und Koordinatorin des WDR-Projekts „Kinder haben Rechte“.

Foto: Schälte

## Petitionsausschuss

### Bürgersprechtag fand großes Echo

Der Petitionsausschuss veranstaltete seinen zweiten Bürgersprechtag. Er fand im Versorgungsamt in Dortmund für den Einzugsbereich der Bezirksregierung Arnsberg statt. Zwischen 10.00 und 18.00 Uhr berieten die Abgeordneten mehr als 80 Bürgerinnen und Bürger in Einzelgesprächen. In zwei Fällen konnten Probleme sofort gelöst werden. Der Petitionsausschuss will die Praxis von offenen Sprechstunden fortsetzen und denkt dabei auch an seine neuen Räume in der Villa Horion in Düsseldorf.

An der BEG seien Land und Bahn zu je 50 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft solle „in hohem Maße bahnspezifisches Know-how besitzen, aber auch den städtebaulichen, verkehrspolitischen und ökologischen Belangen der Kommunen kompetent Rechnung tragen“. Ende Oktober, so der Staatssekretär, solle der Bahnvorstand über das NRW-Pilotprojekt entscheiden, Bahnflächen für kommunale Entwicklungspläne zu mobilisieren. Nach einer Kabinettsentscheidung solle im November die erste Aufsichtsratsitzung der BEG stattfinden, damit spätestens Anfang Dezember das operative Geschäft aufgenommen werden könne.

Für den Bahnflächenpool sind im Haushalts 2001 erstmals Mittel eingestellt, die ins nächste Jahr übertragen werden können. Die Mitwirkung der Kommunen solle, so der Sachstandsbericht, als Chefsache behandelt werden. Die Kommunen sollten auf möglichst vielen Grundstücken wertsteigernde Nutzungen ausweisen. Die BEG soll ferner den Kommunen ein Erstzugriffsrecht zum Erwerb der Bahnliegenschaften garantieren.

Heinz Wirtz (SPD) äußerte sich zufrieden, dass es beim Bahnflächenpool vorangehe. Vor allem bei Bahngrundstücken in exponierter Lage solle die kommunale Stadtentwicklung vorangetrieben werden. Wirtz wie auch Manfred Palmen (CDU) wollten wis-

## Bahnflächenpool: „Es geht voran“

### Kommunalpolitiker für zweiten Sitz wegen der ländlichen Räume

*Im Ausschuss für Kommunalpolitik berichtete Staatssekretär Morgenstern (Städtebauministerium), zum „Bahnflächenpool NRW“ habe das Ministerium mit der Deutschen Bahn AG (DBAG) fünf Verträge ausgehandelt, darunter den Vertrag zur Errichtung und Aufgabenstellung der „BahnflächenEntwicklungsgesellschaft NRW (BEG)“. Die BEG soll, laut Sachstandsbericht des Ministeriums (Vorlage 13/873), „in enger Kooperation mit den Städten und Gemeinden zügig eine städtebaulich sinnvolle und ökonomisch tragfähige Neuordnung und Integration der Bahnliegenschaften herbeiführen, um sie anschließend für den Eigentümer zeitnah vermarkten zu können“.*

sen, warum „für die Erhaltung stadtbildprägender Liegenschaften und Gebäude“ Mittel der Gemeindefinanzierung verwendet würden.

Das Städtebauministerium antwortete, für die Kommunen solle es zu realen Ankaufswerten bei den Bahnflächen kommen. Mit den Untersuchungen zum Marktwert solle ein wirklich fairer Preis ermittelt werden, also mit allen Lasten.

Manfred Palmen und Heinz Wirtz forderten, dem Städte- und Gemeindebund und dem Städtetag jeweils einen Sitz im (zehnköpfi-

gen) Aufsichtsrat einzuräumen, da es sehr unterschiedliche Interessen von kleinen Gemeinden und Großstädten gebe. Der Staatssekretär sagte eine Überprüfung der Sitzverteilung zu. Insgesamt seien die Gespräche mit der DBAG schwierig, da auch zehn Jahre nach der Privatisierung der Bahn deren Strukturen noch sehr komplex und die Abstimmung innerhalb der Bahn sehr langwierig seien. Auch achte die Bahn darauf, dass für Folgeemodelle in anderen Bundesländern keine „unglücklichen“ Vorgaben entstünden.

## Förderung des Deutschunterrichts in ungarischen Schulen

Für das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung (MSWF) führte Ministerialrat Dr. Norbert Reichel aus, dass es zwei Arten von Unterstützung für mittel- und südosteuropäische Länder gebe: Überlassung von Lehr- und Lernmitteln sowie Bereitstellung von Lehrern. Bis zum Jahr 2000 seien dafür 183 000 Mark an Mitteln bereitgestellt worden. Von dieser Summe seien 17 Prozent nach Ungarn gegangen. Dr. Reichel erläuterte aber, dass gleichzeitig die Zahl der Empfängerländer weiter angewachsen sei, sodass sich der Anteil für jedes Land dadurch verringert habe. Konkret für Ungarn habe dies zur Folge gehabt, dass die Lehrbuchspenden nach Ungarn insgesamt 15 000 Mark betragen hätten, während es 1998 nur noch 1 500 Mark gewesen seien.

Bernhard von Grünberg (SPD) sagte, er gehe davon aus, dass das Fachministerium intensiv mit den Schulbuchverlagen zusammenarbeite. Gleichzeitig merkte er an, es sei „im Grunde genommen nicht mehr ausschlaggebend, ob von einem Schulbuch etwa 100 000 oder 120 000 Exemplare gedruckt werden“. Er wolle daher wissen, ob über gemeinnützige Modelle nicht auch die Schulbuchverlage „mit ins Boot“ zu bekommen seien.

### Europausschuss will Schulbuchverlage mit ins Boot nehmen

Die CDU-Abgeordnete Ilka Keller teilte mit, dass die Delegation des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik bei ihrer Reise auf das Problem angesprochen worden sei. Sie wolle sich „mit aller Energie“ für eine Lösung einsetzen. Dem Vorschlag des Abgeordneten von Grünberg zur Prüfung gemeinnütziger Modelle in Kooperation mit den Schulbuchverlagen stimmte sie zu. Frau Keller schlug zudem vor, Dr. Reichel

*Im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik stand unter anderem die Förderung des Deutschunterrichts in ungarischen Schulen durch Buchspenden auf der Tagesordnung.*

solle sich in seinem Ministerium sachkundig machen und mit Landtagsvizepräsidentin Edith Müller, die an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, kurzschließen, in welcher Form eine Lösung des Problems möglich sei. Dies sicherte Ministerialrat Dr. Reichel zu.

Das Problem bestehe nicht nur in Ungarn, sondern auch in Rumänien, machte Gabriele Sikora (SPD) deutlich. Sie wolle daher die Lösung nicht nur auf Ungarn begrenzt wissen. Dr. Reichel nannte noch weitere Länder, die ebenfalls betroffen seien.

Thomas Grunwald



**Der neue Direktor** des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund, Privatdozent Dr. Rainer Danilczyk (r.) hat sich den Mitgliedern des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzende Gisela Walsken, SPD) vorgestellt. Über baupolitische Zielsetzungen beim Liegenschaftsbetrieb referierte auf derselben Sitzung der Sprecher der Geschäftsführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs, Ferdinand Tiggemann (2. v. l.). Links im Bild Staatssekretär Manfred Morgenstern vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport.

Foto: Schälte

# Verkehrsausschuss in Italien und der Schweiz

Unter Leitung des Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) informierte sich eine Kommission des Verkehrsausschusses in Italien und in der Schweiz über beispielhafte Lösungen aus den Bereichen Schienenverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr, Güterverkehr und Luftfahrt sowie über Lösungen mit Telematik. In Italien wird zurzeit von der neuen Regierung ein 240-Milliarden-Programm für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Straße/Schiene für zehn Jahre aufgelegt, das auch die Beschleunigung und Vereinfachung von Verwaltungs- und Planungsverfahren umfasst. Die Schweiz finanziert aus der Schwerverkehrsabgabe den Ausbau und die Leistungssteigerung des Bahnangebots mit dem Mobilitätskonzept „Bahn 2000“. Außerdem gibt es Überlegungen, die Forschungen für eine unterirdische Magnetschwebbahn im Teilvakuum voranzubringen. Nachstehend Auszüge aus dem Reisebericht von Harald Holler (Landtagsverwaltung).

Die italienischen Ausbaumaßnahmen für Hochgeschwindigkeitszüge bestehen im Wesentlichen aus den Verbindungen Neapel—Rom—Florenz—Mailand oder Venedig sowie in Ost-West-Richtung zwischen Venedig und Turin. Die Strecken werden wie in Deutschland von allen Zuggattungen befahren. Für die DB Cargo ist der Verkehr mit der italienischen Bahn FS der umsatzstärkste internationale Güterverkehr.

„Eurostar Italia“ heißen die Hochgeschwindigkeitszüge der italienischen Bahn, die Rom und Mailand mit höchstzulässigen 300 Stundenkilometern verbinden. Der Pendolino hat Italien eine führende Rolle bei Neigetechnik-Zügen eingebracht. Zwischen Stuttgart und Mailand verkehrt der Pendolino „Cisalpino“.

Bei Mailand liegt mit dem Terminal Busto Arsizio ein wichtiger Knotenpunkt im europäischen Shuttlezug-Verkehr von Sizilien bis Schweden. Täglich werden hier mehr als 30 Shuttlezüge abgefertigt. Somit ist die Anlage eine bedeutende Schnittstelle auf zahlreichen wichtigen Relationen im europäischen Güterverkehr.

## Sizilien—Schweden

Die Schweiz betreibt eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik und setzt auf eine lebensfähige Bahn. Im Herbst 1999 stimmten bei einer Volksbefragung 57,3 Prozent der Schweizer Bürger für die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Als erstes Land Europas führt die Schweiz ab dem Jahr 2001 eine Lenkungsabgabe ein, die

den schweren Straßengüterverkehr nach Fahrstrecke, Ladegewicht und Schadstoffausstoß besteuert. Der LSVA unterliegen in- und ausländische Fahrzeuge für den Personen- und Gütertransport mit einem Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen. Der Tarif beträgt emissionsabhängig 0,0124 Euro bis 0,0088 Euro pro Tonne Gesamtgewicht und gefahrenen Kilometern. Die Gütertransportunternehmer erhalten die rund 808 Euro teuren Erfassungsgeräte gratis, nur für die Einbaukosten (311 Euro) müssen sie selbst aufkommen.

## Schwerverkehrsabgabe

Der Staat muss jetzt zwei Drittel der Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe für öffentliche Verkehrsmittel einsetzen. Damit ist die Verwirklichung eines modernen Bahnnetzes gesichert und auch der Trend zum Abbau des Regionalverkehrs, der ein wesentlicher Zubringer zum Transitverkehr ist, gestoppt. Daneben hoffen die Verantwortlichen, dass die Bahn auch im Güterverkehr wieder aufholt. Eine SBB-Reform erlaubt Dritten den Zugang zum Schienennetz und damit Wettbewerb auf der Schiene.

Für den Fernverkehr stehen modernisierte Wagen des bisherigen Parks sowie IC-Doppelstockwagen und IC-Neigezüge zur Verfügung. Sowohl der deutsche ICE wie auch der französische TGV fahren in der Schweiz. Zwischen Stuttgart und Mailand — über Zürich — verkehrt der oben bereits erwähnte Cisalpino, ein Neigezug italienischer Fertigung. Im Nahverkehr sind insbesondere

re das S-Bahn-System in Zürich und die Niederflurfahrzeuge der Bern—Lötschberg—Simplon-Strecke zu erwähnen.

Mit dem Projekt Bahn 2000 verfolgt die Schweiz ein ausgeklügeltes Knotenpunktsystem. Stündlich oder halbstündlich treffen sich Intercity-Schnell- und Regionalzüge sowie andere regionale Verkehrsträger (Schiene und Straße) in den Knotenbahnhöfen. Zur Beschleunigung des Betriebes sind betriebliche und bauliche Maßnahmen erforderlich. Aus Kostengründen wurden ursprüngliche Pläne revidiert: konsequentere Nutzung von moderner Betriebsleit- und Fahrzeugtechnik anstatt kostspieliger Neubaumaßnahmen. Das Gesamtprogramm wird im Jahre 2005 abgewickelt sein.

## Bahnfreundliche Schweiz

Die Schweiz als bedeutendes Transitland im Nord-Südverkehr hat alpenquerende Schienenwege, deren Leistungsfähigkeit erhöht werden muss. Deshalb gibt es Planungen zum Bau des Gotthard- und des Lötschberg-Basistunnels mit Gesamtlängen von 57 und 35 Kilometern, beide mit getrennten Tunnelröhren.

Die leistungserbringenden Verkehrsunternehmen haben sich seit dem Systemwechsel 1996 größtenteils wettbewerbsfähig gemacht. Es wird nun erwartet, dass dies auch die Bestellerseite macht. Dies dürfte dem Wettbewerb im schweizerischen Regionalen Personenverkehr eine neue Dimension geben.

Eine wichtige Komponente des Angebots im Schienenverkehr ist die BLS Lötschbergbahn AG mit Sitz in Bern. Sie ist ein selbständiges und privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen, das erfolgreich im Alpen transit-Güterverkehr und im Personenverkehr auf der Nord-Süd-Achse über den Lötschberg sowie im Regionalverkehr eine führende Rolle einnimmt und dabei über eigene Bahninfrastrukturen verfügt. Das Streckennetz umfasst rund 250 Kilometer Normalspur. IC-Züge der BLS verkehren in weiten Teilen der Schweiz — vorwiegend auf der Achse Basel—Bern—Interlaken/Brig. Umgekehrt fahren über die Lötschbergachse InterCity-Züge der Schweizer Bahn sowie EuroCity-Züge wie der EC LÖTSCHBERG via Köln von/nach Hamburg, der EC MATTERHORN von/nach Wiesbaden, der EC VAUBAN Brüssel-Mailand sowie der Nachtzug ROMA von Basel nach Rom. Auf dem Streckennetz fahren drei europäische Hochleistungszüge: der deutsche ICE, der italienische Cisalpino und der französische TGV.

Einige Zahlen: 6,5 Millionen Passagiere im Fernverkehr, 10,9 Millionen Passagiere im Linienmanagement des Regionalverkehrs der S-Bahn Bern sowie 7,3 Millionen Tonnen Cargo auf der Lötschberg—Simplon-Route. Diese Route stellt eine direkte Verbindung zwischen Deutschland bzw. Frankreich und Italien dar mit den Primärzielen Po-Ebene und Ligurische Häfen. Ab diesem Jahr verfügt die Strecke über ein ausreichend dimensioniertes Durchfahrtsprofil für den Transport von Lastwagen im Rahmen der „Rollenden Autobahn“ sowie Sattelaufleger und Großcontainer im unbegleiteten kombinierten Verkehr. Nach Fertigstellung des Lötschberg-Basistunnels im Jahr 2007, der von einem Tochterunternehmen der BLS gebaut wird, sind weitere Kapazitäts- und Leistungssteigerungen vorprogrammiert.



Vor der Einfahrt in die Baustelle des Lötschberg-Basistunnels (v. l.) die verkehrspolitischen Sprecher der SPD und der CDU, Gerhard Wirth und Gerhard Wächter, Ausschussvorsitzender Manfred Hemmer (SPD), der verkehrspolitische Sprecher der FDP, Christof Rasche.

# „Weiterbildung muss ihren ganzheitlichen Ansatz beibehalten“

Die 7. Weiterbildungskonferenz des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter dem Vorsitz von Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) stand in ihrer ersten Hälfte unter dem Leitthema „Der Beitrag der Weiterbildung zur Integration in Nordrhein-Westfalen“. Hintergrund dieses Mottos war, dass angesichts der jüngsten Anschläge islamistischer Extremisten nach Ansicht der Landesorganisationen der Weiterbildung der interkulturelle Dialog fortgesetzt werden muss. Der zweite Teil der Weiterbildungskonferenz (WBK) war der Verantwortung des Landes bei der Umsetzung des novellierten Weiterbildungsgesetzes gewidmet.

Die Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung in Solingen, Dr. Lale Akgün, betonte die Bedeutung der Sprache für eine schnelle und nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Sprachförderung, also Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache, sei ein klassisches Arbeitsfeld vieler Weiterbildungsträger. Das Verständnis von Weiterbildung umfasse darüber hinaus neben der beruflichen Bildung die allgemeine Erwachsenenbildung. Auf diese Errungenschaft sei die deutsche Weiterbildung zu Recht stolz. Es bleibe aber die Frage, wie Migrantinnen und Migranten künftig besser in das Regelangebot der Weiterbildungseinrichtungen einbezogen werden könnten. Der Weiterbildung als vierter Säule des Bildungssystems komme für die interkulturelle Entwicklung der Gesellschaft eine weitere Verantwortung zu. Nehme man den Satz ernst, dass Integration keine Einbahnstraße sei, dann müsse die Weiterbildung auch für Zielgruppen der so genannten Mehrheitsgesellschaft besonderes Augenmerk erfahren; dies berühre den Bereich des interkulturellen und antirassistischen Lernens. Adäquate Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen, sei dabei eine der zentralen Aufgaben in einer offenen Gesellschaft.

## Einbindung

Ingibjörg Pétursdóttir, Leiterin des FIMA-Projekts und des Bildungswerks Multi Kulti in Lünen, erklärte, im Bildungswerk habe man sich die Ziele gesetzt, Migranten und Migrantinnen in die Weiterbildungslandschaft verstärkt einzubeziehen und somit den Integrationsprozess durch Bildung zu fördern und Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzuwirken. Des Weiteren solle das Interesse der deutschen Bevölkerung für interkulturelle Angebote angeregt werden, um bewusst zu machen, Integration ist kein einseitiger Prozess, in dem nur Anpassungsleistungen für die Gruppe der Minderheit im Lande geboten werden, sondern einen gegenseitigen, bereichernden Prozess darstellt.

Dr. Wolfgang Isenberg, Thomas-Morus-Akademie Bensberg, stellte das Projekt Merhaba vor. Es steht für „guten Tag“ und wendet sich an — in erster Linie studierende — junge türkische Frauen. Die Projektleitung von



Merhaba besteht aus einer Referentin türkischer Herkunft und einem deutschen Referenten der Akademie. Dies gewährleiste die Anbindung an die Trägerkultur und das Trend-Scouting in der Zielgruppe. Deren Umfeld wird gleichberechtigt in der Steuerung des Projekts verankert. Ein Arbeitskreis, dessen Mitglieder in Planung und Durchführung der Seminare einbezogen wird, hilft, den Projektverlauf zu reflektieren und in ausführlichen Nachbereitungen Themen für die Seminare zusammenzustellen. Die Volkshochschule Düsseldorf wurde vertreten durch Dr. Martin Menges. Nach seinen Worten sind Kenntnisse in der deutschen Sprache unverzichtbare Voraussetzung zur Beseitigung sozialer Benachteiligungen und zum Erreichen schulischer, beruflicher und gesellschaftlicher Erfolge. Menges betonte, die Volkshochschulen ließen sich dabei gern in die Pflicht nehmen. Sei seien bereit, mitzumachen und hätten die Kompetenz dazu. In 138 Volkshochschulen des Landes seien in diesem Jahr 58 000 Teilnehmer an Deutschkursen registriert worden. An der VHS Düsseldorf beispielsweise gab es durchschnittlich 140 Teilnehmer/innen pro Semester. Die Qualifikation und das Qualitätsniveau für die Dozenten sei hoch. Als Prüfungsanbieter habe die VHS eine Art Qualitätskontrolle eingeführt. Circa 400 Teilnehmer pro Jahr legen die Sprachprüfung ab und erhalten ein Diplom. Die Volkshochschulen seien allerdings keine Sprachschulen. Sie böten Deutsch als Fremdsprache als Einstiegsangebot an. Darüber hinaus werden Kurse in weiteren 27 Fremdsprachen durchgeführt. Die Volkshochschulen verstünden sich als Träger der Vielsprachigkeit, da über Sprachkenntnisse deutlich mehr Informationen über das Gastgeberland transportiert würden. Sie seien bereit und in der Lage, auf diesem Sektor weiter erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten; dazu sei jedoch weiterhin die Unterstützung von Bund und Land erforderlich. Alle Fraktionen waren sich einig, dass Mittel für den in der gemeinsamen Landtagsentschließung formulierten Integrationsanspruch frei gemacht werden müssten. Dies dürfe aber nicht zu Lasten der Weiterbildungseinrichtungen geschehen. Es bestünden keine Zweifel, dass die Weiterbildungseinrichtungen fachlich in der Lage seien, die Intention der Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Dabei sei es legitim, den Bund mit in die Pflicht zu nehmen. Im zweiten Teil der WBK („Die Verantwortung des Landes NRW bei der Umsetzung des novellierten Weiterbildungsgesetzes“)

Über die Regionalkonferenzen der Bezirksregierungen und das geplante Berichtswesen in der Weiterbildung referierte Ministerialrat Kruse vom Arbeitsministerium. Links im Bild Ausschussvorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold. Foto: Schälte

betonte der Ausschussvorsitzende Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU), der Ausschuss für Schule und Weiterbildung werde auch in Zukunft, wie 1995 vom Parlament beschlossen, eine jährliche WBK durchführen. Eckhold sagte dies mit Blick auf die vor kurzem erfolgte Mitteilung der Landesregierung, sie, die Landesregierung, sei der Auffassung, dass die nach dem Weiterbildungsgesetz vorgesehene WBK eine Aufgabe der Exekutive sei. Er halte diese Auffassung für falsch, erklärte der Ausschussvorsitzende und schlug vor, der Ausschuss solle auch in Zukunft an der jährlichen WBK „unter Hinzuladung aller Beteiligten“ — wozu er auch die Exekutive zähle — festhalten und dazu einladen.

## Zwei Konferenzen

Dieser Punkt sorgte für eine lebhafte Debatte unter den Ausschussmitgliedern. Manfred Degen (SPD) war der Meinung, zwei WBK könnten durchaus sein — mit unterschiedlichen Schwerpunkten: Das Ministerium könne bei seiner Veranstaltung die Perspektiven der Weiterbildung im Lande in den Mittelpunkt stellen. Die WBK des Parlaments solle sich mit dem aktuellen Stand der Weiterbildung befassen und das Controlling fördern. Bei aller Regionalisierung dürften die vorhandenen Spielräume nicht dazu führen, dass es in den einzelnen Regierungsbezirken unterschiedliche Fördermodalitäten gebe.

Die WBK könne nur so ablaufen wie heute: Betroffene und Landespolitik debattierten miteinander. Klaus Kaiser (CDU) unterstrich zudem den ganzheitlichen Ansatz von Weiterbildung; es dürfe nicht dazu kommen, dass die berufliche die allgemeine Weiterbildung majorisiere. Sylvia Löhrmann (GRÜNE) war ähnlicher Auffassung: Der ganzheitliche Ansatz von Weiterbildung lasse nicht zu, den Menschen „in ein Berufswesen und ein außerberufliches Wesen zu unterteilen“. Für die FDP erklärte Ralf Witzel, die Risiken und Chancen der Entwicklung von regionaler Weiterbildung müssten im Auge behalten werden. Das angestrebte Controlling sei durch das Ministerium zu konkretisieren — Statistiken allein reichten dafür nicht aus.

# Schule und Leistungssport – wie lässt sich beides am besten verbinden?

*In Nordrhein-Westfalen werden erhebliche Anstrengungen unternommen, Schule und Leistungssport in Einklang zu bringen. Vor diesem Hintergrund hat der Sportausschuss unter Leitung seiner Vorsitzenden Gisela Hinnemann (CDU) eine Informationsreise nach Magdeburg, Potsdam und Berlin durchgeführt, um unter anderem gesicherte Erkenntnisse darüber einzuholen, was sich – befreit von Ideologien – nach über 10 Jahren der Weiterentwicklung bewährt hat und ganz oder teilweise auf nordrhein-westfälische Gegebenheiten anwendbar wäre.*

Erste Station war das Sportgymnasium Magdeburg. Es ist eine landesgetragene Bildungseinrichtung, die im vergangenen Schuljahr von 447 Schülerinnen und Schülern in 20 Klassen besucht wurde. Der Sport begleitet die Schüler/innen nicht nur im Rahmen der allgemeinen Belegungsverpflichtungen, wie in jedem Regelgymnasium; zugleich wird zusätzlich und außerhalb des Verantwortungsbereichs des Sportgymnasiums in Vereinen trainiert. Neben Leistungssportlern (L-Schülern) steht das Gymnasium auch sportinteressierten und talentierten Schüler/innen (Talent-Schülern/T-Schülern) offen. Die Entscheidung über den Status „Bewerber als L-Schüler“ obliegt dem Landessportbund (LSB). Die spezifische Förderung der L-Schüler außerhalb der Stundentafel wird ausschließlich durch LSB-Trainer sichergestellt. Die Ausgestaltung der obligatorischen, versetzungsrelevanten Wahlpflichtkurse obliegt der Schule. In einer Gesprächsrunde mit der Schulleitung, dem Leiter des Olympiastützpunktes sowie dem Leiter des Referates für Schul- und Hochschulsport des Kultusministeriums, stellte der Vizepräsident des Landessportbundes Sachsen-Anhalt, Professor Dieter Malzahn – zugleich Vorsitzender des Landesausschusses für Leistungssport – das Fördersystem des Leistungssports für die Jahre 2001 bis 2004 vor. Schwerpunkt des Systems sei die Bündelung vorhandener Kapazitäten und Finanzmittel.

## Training

Diese würden aus allen Fördertöpfen zusammengefasst und verteilt. In einem zentralen Trainerpool sind derzeit 50 Trainer zusammengefasst. Künftige Zielgröße sei 65. Das drei- bis fünfmalige Vormittagstraining an den Sporteliteschulen des Landes werde zusätzlich durch Spezialsportlehrer unterstützt. Malzahn betonte, von den Schülerinnen und Schülern der Sporteliteschulen werde ein Höchstmaß an Leistungswillen erwartet; dafür erhielten sie ein Höchstmaß an Förderung. Derzeit verwaltet der LSB an die 400 Internatsplätze mit 1 400 Schülern. Aus einem festem Budget erhalte der Leistungssport ca. 29,4 Millionen Mark. Für Olympiastützpunkte würden rund vier Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Eine andere Variante einer Eliteschule des Sports stellte sich den nordrhein-westfälischen Parlamentariern in der Hauptstadt des Partnerlandes Brandenburg, in Potsdam, vor. Die Sportschule „Friedrich-Ludwig-Jahn“ ist eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Im Schuljahr 2000/2001 besuchten 635 Schülerinnen und Schüler diese Schule. Zu Beginn eines jeden Schuljahres werden 92 Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen in die Sportschule Potsdam eingeschult. Aufgenommen werden dabei nur Bewerber, die schon in Sportarten wie Leichtathletik, Schwimmen, Rudern, Kanu- und Rennsport trainieren und von ihrem Lan-

desfachverband eine sportliche Empfehlung erhalten haben. Partner im Verbundsystem „Eliteschule des Sports“ ist der Olympiastützpunkt in Potsdam. Die unmittelbare Nähe der Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule mit dem Internat und der Mensa gewährleisten eine optimale Gestaltung des Tagesablaufes für die Sportler.

Wie der Leiter der Sportschule, Dieter Zimmermann, hervorhob, stehe die Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. Sie verbleiben bis Ende der Jahrgangsstufe 10 im Schulsystem, unabhängig von der Erreichbarkeit ihres Leistungsziels. Oberstufenschüler/innen können innerhalb von drei Jahren eine Sportlizenz erwerben. Die großen Talente legen ihr dezentrales Abitur nach 14 Jahren ab; damit wird die Doppelbelastung Schule/Training besser verkraftet. Anders als in Sachsen-Anhalt werden die Schülerinnen und Schüler von Lehrertrainern unterrichtet und gefördert. Sie verfügen über eine Doppelqualifikation, nämlich die Lehramtsbefähigung und die A-Lizenz für bestimmte Sportarten.



*Politik und Sport in einer Wettkampfpause: „Jugend trainiert für Olympia“ im Mommsen-Stadion Berlin.*

Dr. Höppner, Leiter des Olympiastützpunktes, betonte, ein wesentliches Merkmal für ein gut funktionierendes Verbundsystem sei das Basismodul Schule/Internat/Mensa. Die Sicherung der jährlichen Aufnahme von Sport-schülerinnen und -schülern an die Sportschule, die Gewährleistung hochqualitativer schulischer Abschlüsse sowie die altersgerechte Betreuung und Unterbringung und nicht zuletzt die sportartspezifische Möglichkeit einer optimalen Ernährung für die Kinder und Jugendlichen sei hierfür erforderlich. In einer gemeinsamen Sitzung mit Abgeordneten des brandenburgischen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, dem als Mitglied zugleich auch der Präsident des Landessportbundes Brandenburg,

Edwin Zimmermann, angehört, und die von Carola Hartfelder (CDU) geleitet wurde, informierte sich die NRW-Delegation über die Entwicklung der Sportförderung sowie die Landesstruktur im Leistungssport.

Auf der Grundlage abgestimmter Regional-konzeptionen wird in Brandenburg die „Be-gabungsförderung im Sport“ auf vier Standorte (Cottbus, Frankfurt, Potsdam und Luckenwalde) sowie auf elf Schwerpunkt-sportarten konzentriert. Zu ihnen zählen in Potsdam/Luckenwalde Schwimmen, Ringen, Leichtathletik, in Cottbus Radsport, Boxen, Geräteturnen und in Frankfurt Judo, Gewichtheben, Radsport.

In den genannten Städten sind inzwischen vier Schulen mit besonderer Prägung/Sport (Spezialschulen wie „Friedrich-Ludwig-Jahn“) eingerichtet worden, an denen vor Aufnahme ein sportfachliches Eignungs-feststellungsverfahren geschaltet ist. Die Nachfrage aus allen Bundesländern um Aufnahme in eine dieser vier Sporteliteschulen sei sehr groß. Derzeit seien alle Plätze belegt. Sechs Sportklassen in Grundschulen (Spezialklassen) sind in Cottbus, Potsdam und Schwedt eingerichtet, an denen Voraussetzungen vorhanden sind, das erforderliche Training zu ermöglichen. Die Betreuung der Jugendlichen an den Standorten sowie an den Stützpunkten der Schwerpunktsportarten erfolgt durch ca. 60 Trainer der Landesfachverbände und 16 mischfinanzierte Trainer an den Olympiastützpunkten, die neben Sportlehrern/Trainern die Betreuung an den Standorten sichern. Weitere 200 Übungsleiter kommen noch hinzu.

In der Führungsakademie des Deutschen Sportbundes (DSB) in Berlin-Schöneberg traf der Sportausschuss mit dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, zusammen. Er unterstrich

## Förderung

die besondere Bedeutung und Unverzichtbarkeit von „Eliteschulen des Sports“. Spätestens mit der kritischen Auswertung der Olympischen Spiele Sydney 2000 sei die besondere Bedeutung der Sportschulen, wie sie aus den Kinder- und Jugendsport-schulen (KJS) der DDR hervorgegangen sind und in Einzelfällen auch in den Ländern der alten Bundesrepublik bestehen, für die Nachwuchsförderung im Spitzensport unumstritten. Nur in Schulen mit diesen Standards könne eine optimale Förderung im Leistungssport mit einer hochqualifizierten schulischen Bildung verbunden werden. Der Deutsche Sportbund halte die flächendeckende Einrichtung von sportbetonten Schulen deshalb für unverzichtbar. Den Abschluss der Informationsreise bildete eine Gesprächsrunde mit Abgeordneten des Sportausschusses des Deutschen Bundestages unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Rose (CSU). Hier appellierte Nordrhein-Westfalen an die Bundestagsmitglieder, der Bund solle sich nicht aus der Förderung der Leistungssportmittel zurückziehen. NRW wolle zwar weiterhin mitfinanzieren, jedoch sei Leistungssport in erster Linie eine Schwerpunktaufgabe des Bundes. NRW-Sportminister Vesper kündigte an, „Jugend trainiert für Olympia“ werde turnusmäßig im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

## Haushaltsausschuss Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Bei der Beratung des Einzelplans 10 (Umweltministerium) erhielten die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses den Entwurf der Förderrichtlinien für die neue Stiftung, für die im laufenden Jahr 2001 bereits Mittel fließen. Zweck der Stiftung sei die Beschaffung von Mitteln für Umweltschutz- und Entwicklungshilfe-Projekte, die staatlich oder kommunal bisher nicht gefördert werden. Finanziell unterstützt werden sollen vor allem Projekte der Umweltbildung, des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung sowie interkulturelles Lernen. Die beiden Bereiche sollen gleichgewichtig gefördert werden.

Als Fördermaßnahmen werden u.a. genannt: Seminare und Schulungen, Ausstellungen, Broschüren, Internet-Aufklärung, Veranstaltungen, Wettbewerbe, Baukosten, Anschaffungen. Vorsitzender der Stiftung ist der frühere Landtagsabgeordnete Roland Appel (GRÜNE) aus Bonn.

## „Rostbilder“



**Großer Fan und Bewunderer** der Werke von Ernst Jürgen Kratz (Foto) sei er, bekannte Vizepräsident Jan Söffing bei der Eröffnung der Ausstellung „Rostbilder“, die im Landtag bis zum 30. November zu sehen ist. Kratz, früher Vizepräsident des Oberlandesgerichts Düsseldorf, habe seit langem zwei Leben gelebt, das des nach Gerechtigkeit suchenden Richters und des Kunstschaffenden, auf das er sich nach seiner Pensionierung jetzt voll und ganz konzentrieren könne. Söffing bekannte, dass in seinem Büro im Landtag Werke von Kratz hingen, die er nach und nach vervollständigte. Aus der beruflichen Bekanntschaft und seiner Verbundenheit mit dem Werk sei inzwischen eine Freundschaft geworden, schloss Söffing.

Foto: Schälte

## Alte Landtagszeiten wurden beim Plausch hoch über der Wupper wieder lebendig



Präsident Ulrich Schmidt hält das Mikrofon – Amtshilfe für Magret Werner, die vor 30 Jahren als Personalratsmitglied angeregt hat, für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags ein Pensionärstreffen durchzuführen.  
Foto: Schälte

Nach Schloss Burg führte Anfang des Monats das traditionelle Treffen der ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags. 100 Meter über der Wupper kamen die an die 70 Pensionäre auf Einladung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt nach dem Besuch des „Basars der Kunsthandwerker“ bei einer bergischen Kaffeetafel zu einem gemütlichen Beisammensein zusammen, um „über alte Zeiten zu plauschen“, wie es die 80-jährige Margret Werner formulierte. Sie dankte Schmidt, weil der Pensionärstreff nicht mehr wie bisher allein im Landtagsgebäude stattfindet, sondern auf Initiative des Präsidenten vor zwei Jahren, als es nach Bad Münstereifel ging, zu einem „auswärtigen Erlebnis“ geworden sei.

Überraschungsgast an diesem Nachmittag war Richard Winkels, ehemaliger Vizepräsident des Landtags und langjähriger Präsident des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen. Zum Dank für seine prompten Zusage an dieser Veranstaltung teilzunehmen, überreichte der Landtagspräsident Winkels eine „Dröppelminna“, unentbehrliches Requisite jeder Kaffeetafel und früher Prunkstück im jedem bergischen Haushalt.

## Erst Ruine ...

Das heutige Schmuckstück Schloss Burg hat bewegte Zeiten hinter sich, erzählte Ulla Feldhaus, die als Bürgermeisterin der Stadt Solingen die Gäste vom Landtag Nordrhein-Westfalen begrüßte. Mitte des 19. Jahrhunderts habe der einst stolze Stammsitz der Grafen von Berg den Bauern der Umgebung als Steinbruch gedient – ganz legal, denn der Eigentümer, der ar-

me preußische Staat, hatte das Schloss aus Geldmangel als Abbruchobjekt verkauft. Bevor die Ruine vollständig vom Erdboden verschwunden sei, habe der Wermelskirchener Fabrikant Julius Schumacher einen „Verein zur Erhaltung der Schlossruine“ gegründet. 1890 sei mit dem Wiederaufbau nach alten Plänen begonnen worden.

## ... dann Publikumsmagnet

Der „Ruinenerhaltungsverein“ habe sich zum Schlossbauverein Burg an der Wupper gewandelt, zu dessen Gunsten die drei bergischen Großstädte Solingen, Remscheid und Wuppertal als Anteilseigner für die Erhaltung des Regionalmuseums erhebliche Summen aufbrächten, wenn auch, wie die Bürgermeisterin betonte, Schloss Burg immerhin 85 Prozent seines Etats selbst erwirtschafte. Feldhaus: „Heute bringen zahlreiche Veranstaltungen wie der Kunsthandwerkermarkt jährlich rund 250 000 Besucher auf die Burg.“ Präsident Schmidt nutzte den Blick in die Historie von Schloss Burg zu der Bemerkung, nach der Schlacht von Worringen 1288 habe der Graf von Berg den Kölner Erzbischof hier auf der Burg gefangen gesetzt. Schmidt: „Im Gegensatz zum Erzbischof sind wir heute freiwillig hierhin gekommen, um uns einen schönen Nachmittag zu machen.“ Mit diesen Worten eröffnete der Präsident die bergische Kaffeetafel. Nach angeregter Unterhaltung und vielen Erinnerungen an die aktive Zeit im Landtag und nachdem die Gäste aus Düsseldorf den Anekdoten von Museumsleiter Dr. Dirk Soechting gelauscht hatten, ging es abends per Bus wieder zurück zum Landtag, dem Ausgangspunkt der Reise.

## „Öffentliche Fahndung nach so genannten Schläfern würde keinen Erfolg haben“

*Der Innenausschuss (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) hat einen Bericht des Innenministers zur aktuellen Sicherheitslage nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten und dem Beginn der Militäraktion der USA gegen das Taliban-Regime in Afghanistan entgegengenommen. Dabei gab der Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei, Leitender Polizeidirektor Hans-Dieter Glietsch, die Einschätzung ab, mit Einsetzen der militärischen Aktionen sei zwar von einer Verschärfung der Lage auszugehen, „es wird aber weiterhin davon ausgegangen, dass organisationsgesteuerte, islamistisch motivierte Anschläge vergleichbarer Dimension wie in den USA für Deutschland unwahrscheinlich sind“.*

Die nordrhein-westfälische Polizei habe sich auf die möglichen Entwicklungen sorgfältig und umfassend vorbereitet — dies auf der Grundlage des in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren abgestimmten Maßnahmenkatalogs, wie Glietsch betonte. Die seit dem 11. September laufenden Objektschutzmaßnahmen seien intensiviert und erweitert worden. Einheiten der Bereitschaftspolizei stünden den Polizeibehörden zur Bewältigung von Demonstrationen und für Aufklärungs-, Raum- und flankierende Objektschutzmaßnahmen zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt (BKA) würden über 2000 Hinweise als so genannte Spuren von den Kriminalhauptstellen bearbeitet. Seit der 44. Kalenderwoche sei mit der Rasterung der Daten begonnen worden; für die Durchführung der Rasterfahndung in NRW sei der Polizeipräsident Düsseldorf zuständig.

Bisher seien im Lande 181 so genannte Resonanzstrafaten wie zum Beispiel Bombendrohungen bekannt geworden. In elf Fällen habe man Tatverdächtige ermittelt. Wie in anderen Bundesländern träten auch in NRW immer häufiger „Trittbrettfahrer“ auf, die vor allem präparierte Briefumschläge mit — bisher — ungefährliche Substanzen versendeten. Der Polizei seien bis dato 2 solcher Verdachtsfälle gemeldet worden, teilte der Polizeinspekteur mit. Als Folge seien 274 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 15 Tatverdächtige ermittelt worden. Glietsch wörtlich: „Bisher wurden in keinem Untersuchungsfall Anthrax-Erreger oder andere gefährliche Substanzen festgestellt. Einige Untersuchungen dauern noch an.“

Nach den Erfahrungen in Hamburg liege der Schluss nahe, dass sich in Deutschland — „mithin auch in Nordrhein-Westfalen“ — weitere potenzielle islamistische Terroristen aufhielten, die auf ihren Einsatz warteten. Sie zu ermitteln, sei Ziel der Rasterfahndung. Der Leitende Polizeidirektor teilte dem Ausschuss abschließend mit, auf Beschluss der Landesregierung seien zur Entlastung der Polizei und zur Intensivierung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus 95 Planstellen und Stellen für die Polizei eingerichtet worden; 60 davon für den Bereich Staatsschutz und 35 für den In-

formations- und Kommunikationsbereich. Aus demselben Grund der Intensivierung der Terrorisusbekämpfung sei zudem eine Haushaltsverstärkung von gut elf Millionen Euro beschlossen worden, „um die technische Ausstattung der Polizei zu verbessern“.

Horst Engel (FDP) regte an, die Bevölkerung stärker in das Aufspüren von Terroristen einzubinden (etwa durch Aussetzen von Belohnungen) sowie ein Zeugenschutzprogramm anzubieten. Innenstaatssekretär Wolfgang Rlotte entgegnete darauf, eine öffentliche Fahndung müsse bundesweit vor sich gehen und abgestimmt sein. Das Zeugenschutzprogramm der USA sei auf deutsche Verhältnisse nicht umsetzbar und auch nicht vergleichbar. Eine öffentliche Fahndung nach so genannten Schläfern bliebe unwirksam und erfolglos. Theodor Kruse (CDU) sagte angesichts der schon bestehenden Belastung der Polizeibeamtinnen und -beamten, sie habe die Schmerzgrenze erreicht; die Frage der Zumutbarkeit weiterer Belastungen angesichts der hohen Zahl von Überstunden, die im Polizeibereich schon jetzt anfielen, stelle sich nicht nur der Polizeigewerkschaft. Hier drückte der Innenstaatssekretär seine Erwartung aus, der in der zweiten Hälfte dieses Jahres an-

gehäuften Überstundenberg könnte im nächsten Jahr leichter abbaubar sein. Vielleicht aber müssten auf lange Sicht die Kapazitäten doch ausgebaut werden.

Ein anderer Punkt der Ausschusssitzung bezog sich auf die öffentliche Berichterstattung über das Forschungsprojekt „Neue Steuerungsmodelle in der Polizei“ in einer Sonntagszeitung. Sie hatte — fälschlicherweise — gemeldet, der Innenminister halte die zu diesem Thema erstellte Studie des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung „unter Verschluss“. Die CDU-Fraktion wollte wissen, was es damit auf sich habe. Um diesem Wunsch nachzukommen, verteilte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) an die Mitglieder des Innenausschusses sein Schreiben an den Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Darin hält der Minister dem Gewerkschaftsfunktionär vor, er habe wider besseres Wissen gegenüber der Sonntagszeitung den Vorwurf erhoben, der Minister halte absichtlich die Studie zurück, weil sie ein vernichtendes Urteil über das Neue Steuerungsmodell der Polizei enthalte. Behrens an Wendt: „Ich erwarte, dass Sie diesen Vorwurf öffentlich zurücknehmen und sich dafür entschuldigen.“

## „Es gibt keinen Generalverdacht“

### Rasterfahndung an den Hochschulen erörtert

*Dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung der Fachhochschulen — (Drs. 13/1616) hat der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung in der von ihm leicht geänderten Fassung einstimmig zugestimmt. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war einstimmig beschlossen worden, die Neufassung von Paragraph 42 Abs. 1 Hochschulgesetz (HG) um eine Regelung zu ergänzen, nach der die Grundordnungen dieser Hochschulen bestimmen können, dass auch am Sitz der Hochschule eine Abteilung besteht. Als weitere Änderung wurde das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2002 beschlossen.*

Zwischen allen Fraktionen bestand Einigkeit darüber, dass die Frage der Weiterentwicklung der Fachhochschulen in einer künftigen Generaldebatte behandelt werden soll. Angesichts der Bedeutung des Fachhochschul-Sektors wurde zudem eine Anhörung mit einem eng begrenzten Sachverständigenkreis beschlossen.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war der von den GRÜNEN erbetene Bericht zu den Auswirkungen der geplanten Rasterfahndungen auf die ausländischen Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen in NRW. In der Begründung zu diesem zusätzlichen Tagesordnungspunkt der Sitzung hatten die GRÜNEN darauf hingewiesen, dass es „auch im Zuge der aktuellen Maßnahmen nicht zu pauschalen Verdächtigungen und Maßnahmen gegen ganze Gruppen von ausländischen Hochschulangehörigen kommen“ dürfe.

Wissenschaftsministerin Behler (SPD) hielt in ihrer Stellungnahme Befürchtungen, dass es zu negativen Folgen für den Studienstandort Deutschland kommen könnte, für unbegründet. Sämtliche Daten,

die aufgrund ihrer Merkmale nicht einen konkreten Verdacht auslösten, blieben schließlich anonym. Sie müssten vernichtet werden, wenn der Zweck der Maßnahme erreicht sei oder wenn sich zeige, dass dieser Zweck nicht erreicht werden kann. Im Übrigen sei zu sagen: Die Maßnahme diene auch der Sicherheit ausländischer Studenten. Und selbstverständlich werde nach den Anschlägen vom 11. September der weltweite Dialog der Wissenschaft fortgesetzt, auch und gerade mit der arabischen Welt.

Nach den ihr vorliegenden Informationen erstreckte sich die Rasterfahndung auf alle männlichen Studierenden, nicht nur auf die mit einem ausländischen Pass. Insofern könne sie keine (besonderen) Auswirkungen auf die ausländischen Studierenden erkennen. Das wissenschaftliche Personal sei in die Rasterfahndung nicht bezogen. Es sei nachdrücklich davor zu warnen, im Zusammenhang mit der Rasterfahndung von einem Generalverdacht zu sprechen. Dies sei eindeutig nicht der Fall, und eine solche Debatte würde Probleme erzeugen, die von allen nicht gewollt seien. Diese Position wurde ausdrücklich von den Ausschussmitgliedern geteilt, die den Fraktionen von SPD, CDU und FDP angehören.

Ausschuss-Vorsitzender Joachim Schultz-Tornau (FDP) erklärte, die Rasterfahndung bedeute zwar einen Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung — dies aber mit einem Generalverdacht gleichzusetzen, sei unzulässig. Schließlich gehe die Rasterfahndung nicht von einem konkreten Tatverdacht aus. Erst wenn sich dabei konkrete Anhaltspunkte ergäben, könnte es zum Tatverdacht kommen. Das Schlagwort vom Generalverdacht sei insofern vergiftend, stellte Schultz-Tornau fest.

## Überwältigende Gastfreundschaft in Moskau

### FCL freut sich auf Gegenbesuch der russischen Fußballer

Vier Tage bei wunderschönem Wetter mit sommerlichen 25 Grad verbrachte der FC Landtag NRW in Moskau. Es war eine beeindruckende, erlebnisreiche Reise, die auf Initiative von Franz-Joseph Pangels und dank des tatkräftigen Einsatzes von FCL-Präsident Günter Langen zustande kam. Den Skeptikern unter unseren Leserinnen und Lesern sei es gleich am Anfang gesagt: Die Reise wurde aus den privaten Portemonnaies der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezahlt und mit Hilfe einiger Sponsoren, bei denen wir uns herzlich bedanken. Die Erfahrung früherer Reisen zeigt, dass dieser Hinweis nötig ist.

Es war ein dichtes Programm, das dem FC Landtag in Moskau angeboten wurde. Überwältigend dabei die Gastfreundschaft der Russen. Die immer sehr ansprechend dekorierten Tische bogen sich vor wohl-schmeckenden Speisen und Getränken. Empfangen wurde der FCL im VIP-Raum auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjevo -2, bei dem die Kicker inspirierenderweise gleich einem früheren Weltfußballer, nämlich Michel Platini, über den Weg liefen. Das Team des FCL wurde aufmerksam um-sorgt von den beiden leitenden Mitarbeiterinnen der Stadt Duma, Marina Semjonow-na Rykowa und Marina Petrowna Stschetini-na, sowie den Dolmetschern Tatjana Nikolajew-na Gussewa und Michail Sergejewitsch Firstov, sicher von Programmpunkt zu Programmpunkt geleitet und sogar, die Herde zusammenhaltend, durch die prächtigen Metrostationen geführt — keine leichte Aufgabe bei den offenkundig anarcho-syndikalistischen Tendenzen der Mannschaft. Es ist nicht zu übersehen: In Moskau tut sich etwas. Ein zum Teil chaotischer Verkehr auf den Straßen der 7,5-Millionen-Stadt. Westliche Firmen preisen ihre Produkte an,

z. B. im weltberühmten Kaufhaus GUM — die Preise allerdings sind für die normalen Russen nicht bezahlbar. Der Aufbau- und Leistungswillen Moskau aber zeigt sich vor allem im Wiederaufbau der beeindruckenden Christus-Erlöser-Kathedrale innerhalb von vier Jahren, in weiteren Sanierungen bzw. im Wiederaufbau historischer Gebäude wie dem Stadttor auf dem Roten Platz oder dem Dwor, einem historischen und architektonischen Bauwerk des 18. Jahrhunderts im Herzen Moskau, das nun für Messen und Ausstellungen genutzt wird, oder in dem zurzeit entstehenden multifunktionalen Komplex Moscow City, einem hypermodernen Viertel in einer Schleife der Moskwa, das für Unternehmen und Freizeitaktivitäten vorgesehen ist und ausländische Investoren anlocken

### Kreml und Roter Platz

soll. Der Wille, Moskau weiterzuentwickeln, wurde auch in den Gesprächen deutlich, die der FCL, immer würdig vertreten durch seinen Kapitän Günter Langen, führte. Dabei betonten der Vorsitzende der Moskauer Stadt Duma Platonow und der Stellvertretende Bürgermeister der Stadt Moskau, Petrow, auch immer wieder ihr Interesse an einer engeren Zusammenarbeit zwischen der russischen Metropole und Nordrhein-Westfalen. Der FCL durfte Moskau via Stadtrundfahrt bei Nacht und bei Tag und vom Fluss aus genießen und erhielt so mehrfach und aus unterschiedlicher Perspektive das Panorama der Stadt geliefert. Der Kreml und der Rote Platz mit der weltberühmten Basilikus-



Kathedrale wurden selbstverständlich be-gangen, gespickt mit Informationen durch die Dolmetscher über dieses Zentrum inter-nationaler Politik. Wunderbare Ausblicke auf die Stadt boten auch die Türme der Christus-Erlöser-Kirche wie die Sperlingshügel mit dem Turm der Lomonossow-Universität im Rücken. Dabei wirken die vielen Kirchen mit ihren typischen Profilen und vergoldeten Kuppeln manchmal wie Fremdkörper in der Architektur Moskaus, verleihen der Stadt aber gerade dadurch jene besondere At-mosphäre, die einen großen Teil ihres ei-gentümlichen Charakters ausmacht. Weitere bleibende Moskau-Impressionen: Begeistert die Aufführung von Giselle im Bolschoj-Theater. Beeindruckend das Blu-menmeer vor der Amerikanischen Bot-schaft als Zeichen tiefer Anteilnahme der Moskauer Bevölkerung mit den Opfern der Terroranschläge in den USA. Der FC Landtag — unser Bild unten zeigt die Mann-schaft in ihren blauen Trikots zusammen mit der Elf der russischen Gastgeber — be-dankt sich für die in reichem Maße empfan-genen Freundlichkeiten und freut sich auf den Gegenbesuch der Moskauer Stadt Du-ma im nächsten Jahr.



## Reformprojekt selbstständige Schule auf breiter Basis

Die SPD-Landtagsfraktion ist nach den Worten ihrer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Brigitte Speth sehr zufrieden mit den vorliegenden Bewerbungen für die Erprobung der „Selbstständigen Schule“. Statt der geplanten 300 Anmeldungen haben sich bisher 411 Schulen entschlossen, eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Legislaturperiode zu unterstützen. „Das sollte anderen Schulen, die jetzt noch zögern, Mut machen, ebenfalls von einer Stärkung ihrer Eigenverantwortung zu profitieren“, erklärte Speth.

Die Erprobung der „Selbstständigen Schule“ basiere auf einem sehr breiten und stabilen Fundament, betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Es seien alle Schulformen be-

teiligt, und die Reform werde sowohl im städtischen wie im ländlich strukturierten Bereich erprobt. Das ist laut Brigitte Speth eine entscheidende Voraussetzung für die schrittweise Entlassung aller Schulen im Lande in die Selbstständigkeit.

★

„Wir sehen die Chance, jungen Talenten in NRW noch bessere Möglichkeiten der Entwicklung und Förderung zu geben. Die Sportpolitiker der SPD-Fraktion sind davon überzeugt, dass mit dem Ausbau des bestehenden Systems hin zu Olympiaschulen NRW auch bei internationalen Sportveranstaltungen Spitze bleibt. Diese Chance sollten wir auch im Hinblick auf die Olympiabewerbung nutzen.“ Das

erklärte die sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ina Meise-Laukamp. Der Arbeitskreis Sport der Fraktion will die Idee der Olympiaschulen in einem breiten Fachdialog unter Einbeziehung aller Beteiligten weiterentwickeln. Es sollen Schulen sein, die für junge Spitztalente erstklassige Trainingsmöglichkeiten, unterstützende Hilfen beim Lernen und auf die Trainingszeiten abgestimmte Stundenpläne bieten. Wichtig sei, dass diese Talente gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern lernen. Auch wer durch Verletzung oder durch andere Interessen nicht mehr dem absoluten Spitzenbereich angehören wolle oder könne, werde weiter mit den anderen in der gewohnten Umgebung lernen. Zumindest für einen Teil der Schülerinnen und Schüler sollen Internatsplätze angeboten werden.

## CDU: Behrens' Sicherheitspaket halbherzig und unzureichend

Als „halbherzig und unzureichend“ hat der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Theo Kruse, das in der letzten Woche von Innenminister Fritz Behrens vorgestellte zweite Anti-Terrorpaket bezeichnet. Seit vielen Jahren fordere die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung dazu auf, Polizeibeamte von Verwaltungsaufgaben freizustellen und mehr Polizeibeamte einzustellen. Unter dem Eindruck der letzten Wochen habe sich nun offenbar auch bei Herrn Behrens die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Forderungen richtig seien. Doch wie so oft bei dieser Landesregierung folge der Erkenntnis, dass die CDU Recht habe, die mangelhafte Umsetzung, kritisier-

te Kruse. Mit den jetzt vom Innenminister Behrens bereitgestellten Mitteln für die Ausstattung der Polizei werde lediglich der Versuch unternommen, die insgesamt katastrophale Ausstattung der Polizei etwas zu verbessern.

Kruse: „Die CDU-Landtagsfraktion fordert insgesamt 1 000 neue Stellen nur für die Polizei. Immer noch liegt die Stellenzahl des Verfassungsschutzes des bevölkerungs- und straffatenreichsten Bundeslandes weit hinter Bayern und Baden-Württemberg.“

Wir benötigen weit mehr Finanzermittler, als Innenminister Behrens angekündigt hat. An die Vermögensabschöpfer in den Staatsan-

waltschaften hat die Landesregierung bisher nicht gedacht.

Die aktuelle Sicherheitslage hat die jahrelangen Versäumnisse von Rot-Grün bei der Inneren Sicherheit gnadenlos aufgedeckt. Wir warnen den Innenminister, die geplanten Mehrausgaben durch Einsparungen in anderen Bereichen des Polizeihaushaltes vorzunehmen. Diesen Trick hat Behrens bereits bei Vorstellung seiner ersten Maßnahmen unternommen. Wir sind die Trickserien von Behrens leid. Dies werden wir nicht hinnehmen“.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## Dr. Gerhard Papke: Vorrang für Mittelstand

Die FDP-Landtagsfraktion drängt auf ein Mittelstandsförderungsgesetz. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Gerhard Papke, begründet die Forderung: „Wir müssen den Vorrang für den Mittelstand in einem Gesetz verankern, damit die Landespolitik darauf verpflichtet wird, diesem Auftrag mit ganz konkreten Maßnahmen nachzukommen.“ Der Vorrang müsse, so Papke, dem Mittelstand verbindlich gewährt werden – gegenüber Anbietern der öffentlichen Hand, aber auch gegenüber „scheinprivaten Arbeitgebern“, also Firmen in privatwirtschaftlicher Rechtsform, an denen jedoch Land oder Kommunen Mehrheitsanteile besitzen. „Diese Unternehmen müssen zukünftig auch dem öffentlichen

Vergaberecht unterliegen“, verlangt der FDP-Wirtschaftsexperte, „auch scheinprivate Unternehmen sollen Aufträge ausschreiben und diese unter Umständen in mehrere Aufträge splitten, damit auch kleinere Firmen Chancen auf den Zuschlag besitzen“. Konzentrieren solle sich das Land auf Betriebe mit höchstens 250 Beschäftigten. Zudem solle die Landesregierung jährlich einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft veröffentlichen.

Papke: „Wir müssen den Dualismus von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überwinden. Wenn wir über die internationale Wettbewerbsfähigkeit des NRW-Mittelstandes reden, dann reden wir zunächst über Wettbewerbsfä-

higkeit bei den Arbeitskosten.“ Und die Vergleichbarkeit der Arbeitskosten in der EU werde durch die Euro-Einführung erheblich erleichtert – wenn auch die Verbraucher erst einmal in Euro denken, werden kostengünstige Angebote aus dem Ausland nicht nur in der Produktion, sondern auch im Dienstleistungsbereich ganz anders nach NRW drängen und die hiesigen mittelständischen Betriebe unter Druck setzen, prognostiziert Papke: „Wenn wir nicht wollen, dass noch mehr arbeitsintensive mittelständische Unternehmen ins Ausland abwandern oder dem sich weiter verschärfenden Wettbewerbsdruck erliegen, müssen die Arbeitskosten reduziert werden. Und da bin ich dann schon sehr gespannt, ob die Sozialpolitiker in der CDU das mittragen, was die Wirtschaftspolitiker sehr zu Recht einfordern.“

## GRÜNE: Bahnen in Düsseldorf nicht verlängern

Die erste Luftverkehrskonzeption, die von einer rot-grünen Landesregierung erarbeitet und getragen wird, hat gegenüber der Vorgängerkonzeption stärkeres Gewicht auf Umwelt-, Klima- und Lärmschutzaspekte gelegt. Trotzdem wird die Luftverkehrspolitik in NRW auch künftig ein konfliktreiches Feld sein, wenn es um die Entwicklung einzelner Standorte geht. Mit ihrer Zustimmung haben die Oppositionsparteien Abschied von einigen Wunschvorstellungen genommen: So ist in dem Konzept für den Düsseldorfer Flughafen weder die Verlängerung der Start- und Landebahn noch die Ausnutzung der vollen Zwei-Bahn-Kapazität als Handlungsoption enthalten. Stattdessen wird die Startbahnverlängerung vom weiteren Bestand des Angerland-Vergleiches und von

der anstehenden gerichtlichen Entscheidung abhängig gemacht.

Der Flughafen Düsseldorf wird nie in der ersten Liga der europäischen Flughäfen spielen. Und er wird sich nie mit den Flughafenstandorten Amsterdam, Frankfurt oder London messen können. Die Lage des Flughafens in innerstädtischem Gebiet ist dafür einfach nicht geeignet. Wer den Flughafen Düsseldorf entwickeln will, muss die Grenzen des Standortes akzeptieren.

Ausdrücklich nicht in der Konzeption steht, dass der Flughafen Köln-Bonn uneingeschränkt nachtoffen bleiben muss. Es ist deshalb nach wie vor ein Ziel grüner Luftverkehrspolitik, lärmindernde Maßnahmen bis hin zu einer Kernruhezeit zu verwirklichen.

Das ist heute politisch nicht durchsetzbar. Zu begrüßen ist in dieser Konzeption, dass das Land NRW den Ausbau des Landeplatzes Mönchengladbach aus der Liste der Vorhaben gestrichen hat.

„Ein weiterer Ausbau der Infrastruktur des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach wird aufgrund der Lagebeziehung zum Verkehrsflughafen Düsseldorf und insbesondere der An- und Abflugrouten zueinander nicht favorisiert.“ Bei der Umsetzung der Luftverkehrskonzeption ist für die GRÜNEN besonders wichtig, dass sie „unter fortwährender Abwägung der wirtschaftlichen und ökologischen Belange sowie unter Beachtung der berechtigten Interessen der Anwohner“ geschieht. Diese Belange wurden in der Vergangenheit oft nicht ausreichend beachtet, stellt der verkehrspolitische Sprecher, Peter Eichenseher, fest.

# Wirtschaftsplan 2002 für den Landesbetrieb Straßenbau

In der von Günter Garbrecht (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Landesbetriebe und Sondervermögen des Haushaltsausschusses am 31. Oktober berichtete Leitender Ministerialrat Gert Reschke (Wirtschaftsministerium) zum Wirtschaftsplan des Landesbetriebs Straßenbau.

Beim Entwurf des Wirtschaftsplans für 2002 hätten sich noch die Schwierigkeiten des Vorjahres ausgewirkt: die Umwandlung von Behörden in einen Landesbetrieb und die Zusammenführung der Straßenbauverwaltungen der beiden Landschaftsverbände. Anlaufkosten würden in den Folgejahren nicht mehr anfallen.

Auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Erwin Siekmann antwortete Reschke, der Landesbetrieb könne die Straßenplanung, Bau, Unterhaltung und Betrieb für Kommunen übernehmen, was wirtschaftlich oft sinnvoll sei. Hauptaufgabe seien aber die Arbeiten für Bundesfern- und Landesstraßen. Dem FDP-Abgeordneten Dr. Ingo Wolf teilte er mit, etwa ein Drittel der Unterhaltungsaufgaben würden durch private Unternehmen vorgenommen. Bei Planung und Baureifmachen würden Ingenieurbüros eingeschaltet. Die Landesregierung wolle wichtige Straßenbauvorhaben beschleunigen. Das erfordere ebenfalls höhere personelle Kapazitäten. Reale Zahlen über den Personalbedarf, wie von Dr. Wolf verlangt, gebe es Ende des Jahres, ergänzte Leitender Ministerialrat Hans-Ludwig Haake.

## Bürokratieabbau

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform führt am 31. Januar 2002 eine öffentliche Anhörung zum Bürokratieabbaugesetz (Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion, Drs. 13/887) durch. Das Hearing beginnt um 13.30 Uhr und findet in Raum E 3 A 02 statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Beim dritten Anlauf hat er es geschafft — dem Düsseldorfer Liberalen Robert Orth gelang dank eines überraschenden landesweiten Wahlergebnisses von 9,8 Prozent für die FDP im Mai letzten Jahres der Sprung in das Landesparlament am Rhein. Der 33-jährige gebürtige Düsseldorfer interessierte sich schon seit längerem für die Landespolitik „vor der Haustür“. Und bereits als Jugendlicher habe er den ersten „Kontakt“ mit der Stätte des landespolitischen Geschehens gehabt — „in der damaligen Baugrube spielten wir Fußball“, erinnert er sich.

Nach Einschätzung des promovierten Juristen wird im Rahmen des zusammenwachsenden Europas die Landespolitik weniger als die Bundespolitik an Bedeutung verlieren. Die EU-Richtlinien müssten vor allem regional umgesetzt werden und beim erforderlichen Harmonisierungsprozess werde der Entscheidungsspielraum des Bundes eingeschränkt, argumentiert Robert Orth. Für ihn darf die Landespolitik ohnehin nicht an den Grenzen eine Bundeslandesenden.

Nach dem Abitur und dem Wehrdienst absolvierte der Freidemokrat eine Ausbildung als Bankkaufmann, der sich dann das Jurastudium an der Kölner Universität anschloss. Nach beiden Staatsprüfungen und dem Referendariat gründete er 1996 eine Rechtsanwaltssozietät in seiner Heimatstadt mit dem Schwerpunkt Aktienrecht. Der Düsseldorfer, der auch Aufsichtsratsmitglied mehrerer Unternehmen ist, übt seine berufliche Tätigkeit auch als Abgeordneter aus, um sich seine persönliche Unabhängigkeit zu erhalten.

Bereits als 18-Jähriger schloss sich Robert Orth der FDP an und engagierte sich gleich bei den Jungen Liberalen wie auch in der Partei. Es folgte die Wahl in verschiedene Führungsgremien. So gehört der Rheinländer schon seit längerem dem FDP-Landesvorstand an und ist seit 1998 auch stellvertretender Vorsitzender des Kreis- wie des Bezirksverbandes Düsseldorf seiner Partei. Bei der letzten Kommunalwahl im Herbst 1999 in den Rat seiner Heimatstadt gewählt, legte der Liberale sein kommunales Mandat nach dem Einzug in den Landtag nieder. „Ich halte nichts von Doppelmandaten.“

Seine Fraktion berief den Juristen in den Rechtsausschuss, dessen Vorsitzender er heute ist. Außerdem gehört er



Dr. Robert Orth (FDP)

dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie an. Eines seiner ersten Anliegen war es, das Gewicht des Rechtsausschusses zu stärken. So widersprach es dem politischen Verständnis des Freidemokraten, dass das Parlamentsgremium beispielsweise zwar bei Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof hinzugezogen werde, aber bei Verfassungsänderungen nicht beratend mitwirkte. Diese Lücke wird nun geschlossen.

Auch ist für ihn die Unabhängigkeit der Justiz eine stete Herausforderung. Besonders erfreut ist der Liberale in diesem Zusammenhang, dass die erste Gesetzesinitiative seiner Partei in dieser Legislaturperiode, die Entpolitisierung der Staatsanwälte, eine breite parlamentarische Zustimmung gefunden hat. Als eine seiner wesentlichen Aufgaben als Vorsitzender sieht Robert Orth auch, jeden Eingriff des Staates in die Rechte des einzelnen Bürgers kritisch zu begleiten. Als Beispiel nennt er die nach seiner Einschätzung zu große Zahl der Telefonüberwachungen.

Der Liberale möchte nicht nur Ansprechpartner für die Bürger sein, sondern ist auch offen für die Probleme der Mitarbeiter der Justizbehörden. An die Landesregierung hat er die Erwartung, dass sie bei den großen justizpolitischen Themen auf Bundesebene die Interessen Nordrhein-Westfalens wahr, beispielsweise bei der Zivilprozessreform.

Politik und Beruf lassen für den Familienvater von zwei Kindern wenig Raum für freizeitleiche Aktivitäten, für das Skifahren und das Tennisspielen. Doch dafür wird er durch manchen Erfolg in seinem politischen wie beruflichen Engagement „entschädigt“.

Jochen Juretko

## Verkehrsausschuss

Zum CDU-Antrag „Innovative Finanzierungsmodelle für den Landesstraßenbau nutzen — Investitionsstau bei Ortsumgehungen und Radwegen abbauen“ (Drs. 13/1233) hört der Verkehrsausschuss die Kommunalen Spitzenverbände an.

Als Termin für die Anhörung, an der auch Mitglieder anderer Ausschüsse teilnehmen, verständigten sich die Sprecher der Fraktionen auf Dienstag, 19. Februar 2002, 14.30 Uhr.

## Frauenpolitik

Zum Thema „Gender Mainstreaming“ führt der Ausschuss für Frauenpolitik im Frühjahr 2002 eine öffentliche Anhörung durch. Das teilte Vorsitzende Gerda Kieninger (SPD) jetzt den Fachausschüssen mit. Im Hauptausschuss dankte Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Gödecke (SPD) dem Landtagsdirektor für einen „hervorragenden“ Bericht (Vorlage 13/988) zu diesem Thema.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 17. November bis 10. Dezember 2001

17.11. **Monika Brunert-Jetter** (CDU), 46 J.

22.11. **Wolfgang Roth** (SPD), 52 J.

24.11. **Karl-Heinz Haseloh** (SPD), 55 J.

24.11. **Wolfgang Dietrich** (CDU), 50 J.

29.11. **Angelika Gemkow** (CDU), 52 J.

3.12. **Rolf Einmahl** (CDU), 52 J.

3.12. **Dr. Wilhelm Droste** (CDU), 41 J.

5.12. **Willi Nowack** (SPD), 51 J.

8.12. **Bernd Schulte** (CDU), 52 J.

9.12. **Dr. Bernd Brunemeier** (SPD), 58 J.

9.12. **Michael Groschek** (SPD), 45 J.

10.12. **Ursula Monheim** (CDU), 62 J.

★

**Wolfgang Dietrich** (CDU), Steuerberater aus Geilenkirchen und seit dem 2. Juni vergangenen Jahres als im Wahlkreis Heinsberg I direkt gewählter Abgeordneter im Landtag, wird am 24. November diesen Jahres 50 Jahre alt. Der Diplom-Finanzwirt ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik und im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Petitionsausschuss und im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses. Dietrich, der aus Inden bei Jülich stammt, ist seit 1974 Mitglied der CDU und seit 1992 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Geilenkirchen. Der Finanzkommission der nordrhein-westfälischen CDU gehört er seit 1996 an, hier ist er auch seit 1997 Rechnungsprüfer. Von 1994 bis 2000 war Dietrich Stadtverordneter im Rat der Stadt Geilenkirchen und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat und deren finanzpolitischer Sprecher. Von 1995 bis 1999 gehörte er dem Bezirksplanungsrat Köln und der Regionalkonferenz Aachen an. Seit 1990 ist er Ortsvorsteher von Prummern.

★

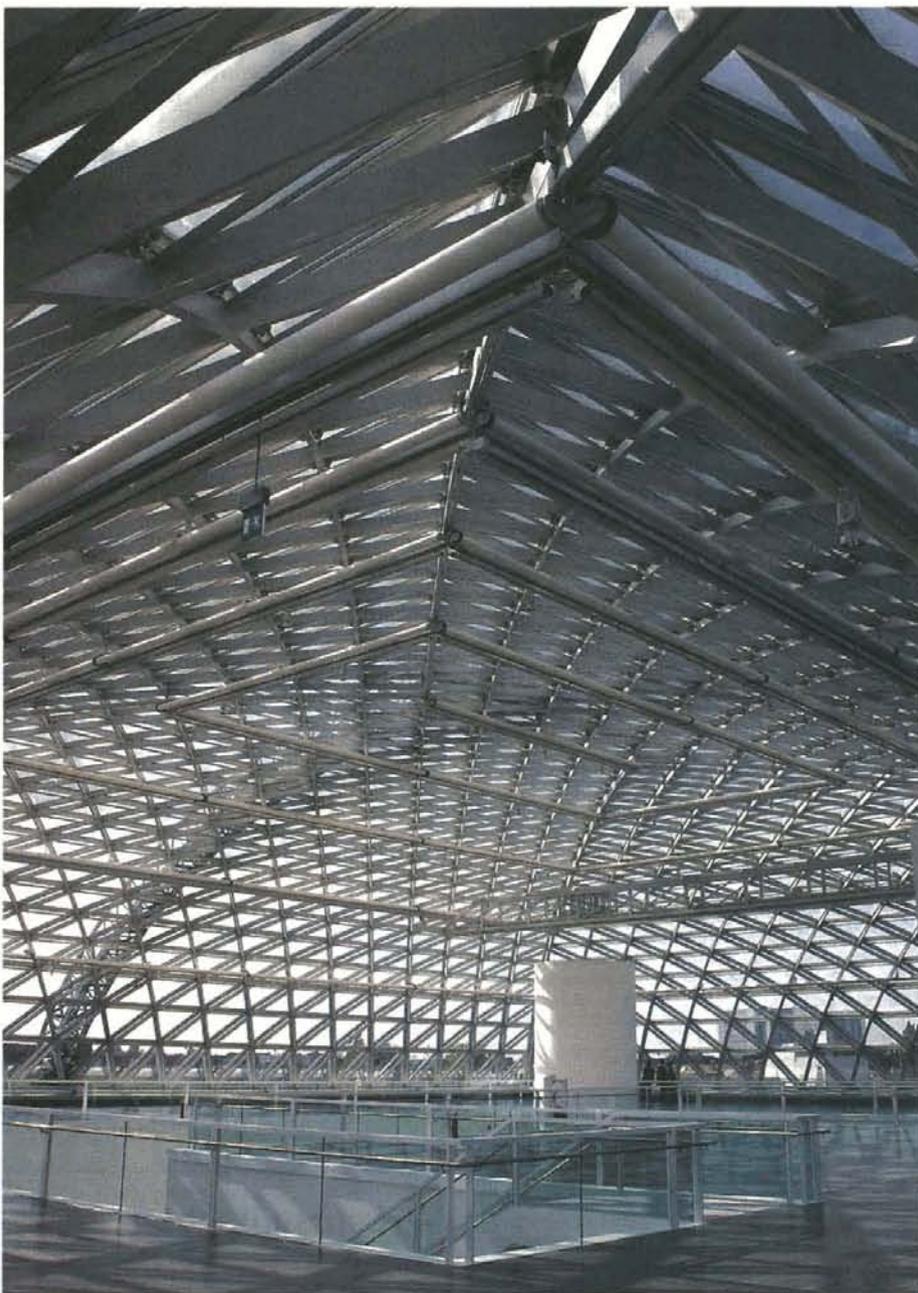
**Wolfgang Clement** (SPD), NRW-Ministerpräsident und direkt gewählter Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Bochum II, ist auf dem Bundesparteitag der SPD in Nürnberg im ersten Wahlgang in seinem Amt als einer der fünf Stellvertreterinnen und Stellvertreter des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder wiedergewählt worden. 68,9 Prozent der Delegierten gaben ihm ihre Stimme; vor zwei Jahren hatte Clement knapp zehn Prozent mehr erhalten. Bestätigt wurde vom Parteitag mit 80,8 Prozent SPD-Generalsekretär **Franz Müntefering**, von 1992 bis 1995 NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und 1998 aus dem Landtag ausgeschieden.

### Ausstellungen

„Lebenslänglich Farbe“ ist der Titel einer Ausstellung mit Werken des Solinger Künstlers Sascha Reichert, die SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron und sein Stellvertreter Ernst-Martin Walsken am 27. November um 14 Uhr im Foyer des Landtags eröffnen. Mehr über den Künstler: [www.reichert-sascha.de](http://www.reichert-sascha.de).

Die Ausstellung „Wege zu mehr Verkehrssicherheit“ der Vereinigung der Straßenbau- und Verkehringenieure NRW wird am 29. November, 11.30 Uhr in der Eingangshalle des Landtags eröffnet.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Der Umbau des Ständehauses** für die Kunstsammlung NRW und für repräsentative Zwecke des Landes ist abgeschlossen. Nach dreijähriger Bauzeit ist das Haus jetzt seiner Bestimmung übergeben worden. Bis zur feierlichen Eröffnung im Mai nächsten Jahres wird sich nun die Kunstsammlung NRW in den neuen Räumen — darunter die lichtdurchflutete Etage unter dem gewölbten Glasdach auf dem Bild — einrichten. Im umgebauten Ständehaus wird auch unter anderem der Geschichte des Landes und seines ehemaligen Parlamentssitzes gedacht. Der Landtag NRW wird das neue Ständehaus als Ort der Begegnung für festliche Anlässe nutzen.

Foto: Schälte